

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 20. Mai 1932
14. Jahrgang Nr. 116

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Pöschel 42 Pf., + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatlich 1,65 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,15 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Mk., unter Streifenband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die zeichengehaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Verlags- u. Werbefachzeile 8 Pf. Mellempreis: Die dreizeichengehaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmefrist in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 30. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Nordhaus). Fernsprecher 430 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Gerichtsstand: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 30.

Heute spricht Walter Oettinghaus, MdR., 20 Uhr, im „Schießwerder“
Werktätige Frauen und Männer erscheint in Massen! Der DMV- und SAP-Führer Ziegler ist eingeladen

Das vorläufige Ergebnis der Kabinettsberatungen

Vor dem Unterstützungsabbau-Diktat

Die Unterstützungssätze der Erwerbslosenversicherung und Krisenfürsorge werden an die Wohlfahrtsunterstützung „angepaßt“! — Alle Erwerbslosen unter 25 Jahren sollen Zwangsarbeit leisten — Verdoppelung der Bürgersteuer — Werkfähige Frauen und Männer, ohne Unterschied der politischen und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit, ihr habt das letzte Wort! — Es lebe die kämpfende Einheitsfront gegen Lohn- und Unterstützungsabbau!

Berlin, 20. Mai. Die Reichsregierung hat am Donnerstag Beratungen über die Notverordnung gegen die Erwerbslosen fortgesetzt. Die „Schlesische Zeitung“ von heute morgen schreibt hierzu folgendes:

„Das Programm sieht, wie wir zuverlässig erfahren, im wesentlichen folgendes vor: Zur Beibehaltung der finanziellen Bedürfnisse in der Erwerbslosenunterstützung beabsichtigt man eine grundsätzliche Vereinfachung der Unterstützungsarten, vor allem eine Anpassung der Unterstützungssätze in der Hauptunterstützung und Krisenfürsorge an diejenigen der Wohlfahrtsunterstützung.“

Nach zuverlässigen Angaben werden in Zukunft alle jugendlichen Erwerbslosen unter 25 Jahren zum Arbeitsdienst herangezogen werden, gleichgültig, ob sie in der Hauptunterstützung, in der Krisenfürsorge oder in der Wohlfahrtsunterstützung sind.“

Am Abend vorher waren, wie die bürgerliche Presse mitteilt, die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenverbände beim Reichskammerparlament, der ihnen in großen Umrißen die Maßnahmen der neuen Notverordnung gegen die Erwerbslosen mitteilte. Diese Verordnung wird lediglich ein Wohlstandsspiel für die Gewerkschaftsführer, die, wie das „Berliner Tageblatt“ schreibt, mit der von Brüning vorgeschlagenen Lösung (1) der Arbeitslosenfrage ganz einverstanden sind.

Die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer sind dafür, daß die mehrmals gekürzten Unterstützungssätze in der Erwerbslosenversicherung erneut um mindestens 20 Proz. gesenkt werden.

Die Kommunalbürokratie hat in verschiedenen Gemeinden bereits eine weitere Kürzung der Wohlfahrtsunterstützungssätze diktiert. Gegen diese Anschläge haben die betroffenen Erwerbslosen die Kampfkraften durchzuführen. Die Saganer Erwerbslosen haben durch ein kollektives Auftreten der Unterstützungssabbau abgewehrt.

Die christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sind dafür, daß die Erwerbslosen für ihre Drogenunterstützungen noch Zwangsarbeit leisten. Das Kabinett hat sich gestern ebenfalls mit der Verdoppelung der Bürgersteuer befaßt. Auch gegen diese ungeheuerliche Erhöhung dieser Massensteuer wird die KPD. und der ADGB. einen Widerstand organisieren.

Wir erinnern die Arbeiterkassen an die Versprechungen der sozialdemokratischen Führer, die sie vor den Wahlen gemacht haben, und wo sie erklärten, daß die Wiederwahl von Hindenburg und der

„Sieg“ von Braun und Zevoring in Preußen die Garantie geben, daß weitere Anschläge auf die Lebensbedingungen der arbeitenden Schichten unterbunden werden. Wir kommunisten haben schon immer seit die arbeitende Klasse auf die Folgen dieser „Wahlhege“ hingewiesen und sie aufgefordert, nicht Hindenburg, Braun oder Zevoring zu wählen, sondern ihre Stimme als Proteststimme für den revolutionären Massenkampf gegen Hunger, Krieg und Faschismus, für Arbeit, Brot und Freiheit abzugeben und mit der KPD. und der ADGB. zu kämpfen. Die neueingeleitete Lohnabbauwelle gegen

Millionen deutscher Arbeiter muß auf den organisierten Widerstand stoßen. Wir fordern alle Arbeiter ohne Unterschied der politischen und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit auf, in den Betrieben und Stempelstellen sich in der roten Einheitsfront zusammenzuschließen und die Organisation und Führung von Streikaktionen und Kampfaktionen der Erwerbslosen in die eigenen Hände zu nehmen. Die leuchtenden Beispiele der siegreichen Einheitsfront der Erwerbslosen von Sagan und der Postarbeiter von Hermsdorf-Städtchen müssen wegweisend für alle übrigen Arbeiter sein.

„Schwarzer Drache“ in Berlin

Die japanische Regierung der Kriegsdiktatur unter der Führung des früheren Innenministers Suzuki wird gemäß dem Befehl der Generale und der faschistischen Organisation „Schwarzer Drache“ gebildet. Eine Anzahl Vertreter der Mordorganisation „Schwarzer Drache“ (Kokuhonsha) werden neben anderen Reaktionsären dieser Regierung angehören.

Auch bürgerliche Mäntelungen bestätigen, daß der Berliner japanische Botschafter Honde einer der Führer der faschistischen Kriegsgesellschaft „Schwarzer Drache“ ist. Dieser Botschafter Honde hat sich erdreistet, einem Vertreter von Ulstein eine freche kriegsheterische Unterredung gegen die Sowjetunion zu geben.

Die „Rote Fahne“ hat dugendfach Beweise, daß zwischen den japanischen Botschaftern Europas und den russischen weißgardistischen Kriegspropagandisten und Wärdern die engsten finanziellen und politischen Beziehungen bestehen. Wir werden die schmutzigen Kräfte enthüllen, die einen imperialistischen Weltkrieg gegen die Sowjetunion mit ihren verbrecherischen Machenschaften vorbereiten.

Kriegshetze gegen die Sowjetunion und Empfang Gorgulows

Wir erinnern unsere Leser an unsere geistige Mitteilung, daß der japanische Botschafter gegenüber einem Vertreter des „Temps“ offen erklärt hat:

„Auch im letzten Jahr ist Rußland wieder härter als Amerika (Gegenüber) Japans in der Mandschurei aufgetreten. Es ist also kein Wunder, wenn gerade die nationalistischen Kreise in Rußland den Hauptgegner sehen.“

Herr Honde betätigt sich in Berlin also für den Krieg. Vor einigen Monaten ließ er sich von Vertretern der Hitler-Partei befehlen.

Sein Kollege in Paris, der dortige japanische Botschafter, hat den Präsidentenmörder Gorgulow empfangen.

Gorgulow hat aber nicht nur in Paris, sondern auch in Berlin mit Japanern über weißgardistische Pläne im Fernen Osten verhandelt.

Die enge Verbindung zwischen den ehrenwerten Herren vom „Schwarzen Drachen“, die in der Berliner japanischen Botschaft residieren, und den internationalen weißgardistischen Mordformationen ist klar. Was Herr Honde zu dem Vertreter des Berliner „Temps“ sagte, ist die politische Linie seiner Organisation „Schwarzer Drache“: Krieg gegen die Sowjetunion!

Die Rolle des französischen Botschafters in Berlin

Der weißgardistische Mörder und Vöbelateur Gorgulow hat bekanntlich in enger Verbindung mit der französischen Geheimpolizei. Der Sekretar seiner Partei, Krjukow, wurde als Polizeiprovokatour in der großen Fabrik von Renault in Paris festgestellt. Ein anderer Verbindungsmann von Gorgulow, der Weißgardist Jazowlew, der vom Berliner Polizeipräsidium vernommen wurde, hat vor einiger Zeit einen Empfang beim französischen Botschafter Francois Boncet in Berlin gehabt.

Wir fragen: Was hatte der Berliner französische Botschafter mit dem weißgardistischen Verbindungsmann des Mörders Gorgulow zu besprechen?

Herr Francois Boncet ist von Tardieu nach Paris gerufen worden.hängt diese Reise mit seiner Diskreditierung durch die Enthüllung unseres Pariser Brudersblattes „Humanité“ zusammen?

Tardieu hatte nach Gorgulows Attentat die Stimme, ihn öffentlich als einen „hochverräterischen Agenten“ zu bezeichnen. Jetzt ist enthüllt, warum Tardieu diesen kriegsheterischen Schwindel in die Welt setzte:

Weil Gorgulow ein geheimer Verbindungsmann der französischen Polizei, ein führender Mann der vom französischen Generalstab ausgehenden Weißgardistenorganisationen, ein offizieller Verhandlungspartner mit japanischen und französischen künftlichen Stellen war.

Wir werden uns mit diesen Tatsachen nicht begnügen, sondern in den nächsten Tagen noch tiefer hinter die Kulissen der Kriegsverbrecher leuchten. Wir werden an Hand von weiteren Beweisen die europäischen Untriebe der japanischen Kriegstreiber und die internationale Seuche der weißgardistischen Kriegspropagandisten entlarven.

Wir erfüllen diese revolutionäre Aufgabe mit aller Rücksichtslosigkeit, um der Arbeiterklasse und allen Werktätigen den Ernst der (Schluß auf der 2. Seite)

Schwere Zusammenstöße zwischen Polizei und hungernden Erwerbslosen

Essen, 20. Mai. (Sig. Drahtber.) Gestern ist es in Hamborn-Darlagloh bei der Auszahlung der seit dem 1. Mai gekürzten Arbeitsunterstützungsgelder zu Protestdemonstrationen gekommen. Die Polizei, die man gegen die Demonstranten einschlepte, wurde mit Schreulichen empfangen und nahm darauf einige Verhandlungen vor. Die uns Anwesenden berichten, es ist beim Abtransport der Demonstranten zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Demonstranten gekommen. Die Demonstranten bewarfen die Polizei mit einem Steinwurf, darauf gab die Schupo mehrere scharfe Schüsse ab. Die Erregung der Demonstranten steigerte sich dadurch immer mehr. Die Arbeiter rissen das Straßengitter auf und leisteten der Polizei Widerstand. An anderen Stellen der Stadt haben die Erwerbslosen einige Brotwagen geleert. Die Konsumhäuser von Thoffen und Eintracht wurden gestürmt. Die Demonstrationen setzten sich in den späten Nachmittagsstunden fort.

Revolte in der Nazi-Ortsgruppe Kassel

Berlin, 20. Mai. (Sig. Drahtber.) Wie die „Völkische Zeitung“ meldet, ist es in Kassel in der Ortsgruppe der NSDAP. zu einer regelrechten Revolte gegen einen Teil des Gauverstandes gekommen, nach-

dem bekannt wurde, daß ein Teil der für die nationalsozialistische Winterhilfe gesammelten Lebensmittel regelrecht verschoben worden sind.

Die Nationalsozialisten hatten im vergangenen Winter eine Winterhilfsammlung für ihre arbeitslosen Parteimitglieder durchgeführt und erhielten vom Lande vor allem Kartoffeln. Wie jetzt festgestellt wurde, ist ein großer Teil der Kartoffeln nicht ihrer Bestimmung zugeführt, sondern an Händler, Beamte und Angestellte verkauft worden. Der Erlös soll von prominenten Nazis für eigene Zwecke verbraucht worden sein.

Verbot des Seemannstongresses aufgehoben

Hamburg, 19. Mai. (Sig. Drahtber.) Das Verbot des Internationalen Seemannstongresses ist nach langen Verhandlungen in letzter Stunde aufgehoben worden. Alle gewählten Delegierten müssen darum so rechtzeitig nach Hamburg fahren, daß sie zum Kongressbeginn am Sonnabend früh an Ort und Stelle sind!

Die Besessenen

Von Karl Radek

Einem Artikel des Genossen Karl Radek über die Hintergründe des weißgardistischen Attentates in Paris entnehmen wir die folgenden Ausführungen, in denen die Zusammenhänge zwischen der Kriegsvorbereitung und den verbrecherischen Attentaten klar enthüllt werden. (Die Red.)

Die Weißgardisten wollen Krieg

Worin besteht das Programm aller weißen Organisationen? Man kann es mit einem einzigen Wort ausdrücken: Krieg. Einen anderen Weg zur Restauration können sich die Weißen nicht vorstellen.

Jener Teil der Emigration, der einen Teil seines Vermögens ins Ausland hinüberbrachte, Geschäfte macht und mit der kapitalistischen Welt verbunden ist, unterhält Beziehungen mit den Vertretern des Kampfes gegen die Sowjetunion. Die Krewger, die Deterding, die Urquhardt sollen durch ihren Einfluß helfen, die Intervention zu organisieren. Die Kjabuschinski machen für sie — nicht nur in Geheimkabinetten, sondern öffentlich in der Pariser „Wolfskudenijs“ — Berechnungen, wieviel Gewinn der Krieg gegen die Sowjetunion einbringen wird. Wieviel Gewinn die Kjabuschinski selbst und die anderen Feldherren der Vorkämpfer für den weißen Soldaten für sich herauszuschlagen haben, verschweigen sie.

Jener Teil der Emigration, der sich mit körperlicher Arbeit sein Stück Brot verdienen muß, haßt die Sowjetunion, daß er aus der Creme der Gesellschaft in die Reihen der ausgebeuteten Sklaven gesunken ist. Nur ein Krieg kann ihm die frühere Stellung wieder verschaffen. Darum hoch der Krieg!

Die Abfälle der Emigration, die ihr Leben in den Datschahöhlen der ganzen Welt verwüsten, in San Francisco, in Paris, in Schanghai, und dort Kokain schnupfen, sehen das rote Meer, durch das sie die schwarzen weißen Schiffe ins gelobte Land, ins alte Rußland zurückbringen werden, in ein Rußland, in dem der Arbeiter und der Bauern Schutz werden, um ihnen die Freuden des Lebens zu sichern.

Die weiße Emigration will und kann nicht warten, bis sich die imperialistischen Staaten untereinander verständigen, denn sie hat nicht mehr lange zu leben. Die junge Generation der Emigration wird vielleicht auf irgendein Geleise des Lebens geraten. Aber jene, denen die Zeit ihrer Herrschaft im alten Zarenthum noch in Erinnerung ist, müssen sich beeilen, denn der Tod blüht ihnen bereits in die Augen. Und darum suchen sie ein Zauberding, ein Zaubermittel, das entweder die Bolschewiki zwingt, die Initiative zu ergreifen, oder aber die imperialistischen Mächte zwingt, zum Angriff gegen die Sowjetunion überzugehen. Dieses Mittel soll der Terror sein, das alte Mittel aller Schwachen und Verzweifelten, das Mittel, durch das sie die fehlende Mächtigkeit ersetzen möchten.

Anschläge auf Sowjetdiplomaten

Die weißen Emigranten organisieren zunächst Anschläge auf Sowjetdiplomaten im Ausland. Sie töten Woznesenski und Wajskow. Sie organisieren das Sprengstoffattentat auf die Sowjetbotschaft in Warschau. Sie bereiten mörderische Anschläge auf Tschichserin, Litwinow und andere Sowjetdiplomaten vor. Sie hoffen wohl kaum, damit die Bolschewiki zu befehlen. Sie kennen unsere Partei, die um den Preis des Lebens der bösen ihrer Söhne zur Macht gelangt ist und die weitere Opfer nicht fürchtet, wenn dies die Sache des Sozialismus erhöht. Diese Anschläge der weißen Panditen haben ein anderes Ziel. Sie sollen erweisen, den imperialistischen Staaten die Überzeugung von der Stärke der weißen Organisationen einflößen, andererseits eine Lage schaffen, bei der die Sowjetregierung geneigt wird, von den kapitalistischen Ländern die

Einhellung der straflosen verbrecherischen Tätigkeit der Weißgardisten zu fordern.

Darum wird über möglich der Konflikt entstehen, wird der Krieg beginnen, kann doch ein großer Staat nicht endlose Verbrechen dulden, die hilflos gegen seine Vertreter unternommen werden.

Das Attentat des Weißgardisten Stern

Die terroristische Tätigkeit der Weißen hat sich nicht auf die Anschläge auf diplomatische Vertreter der Sowjetunion beschränkt. Sie hat neue Wege eingeschlagen. Sie hat den Weg der terroristischen Missetaten gegen Vertreter von Staaten eingeschlagen, die mit der Sowjetmacht Beziehungen unterhalten. Wer die Beweggründe der Ermordung des Präsidenten der französischen Republik durch den weißgardistischen Carl Gersulow begreifen will, möge in die Stellungnahme der weißen Presse zum Anschlag Sterns auf den deutschen Diplomaten Twardowski Einsicht nehmen.

Dem Andenken Sterns war eine Verlesung der „Ruffischen Zentral-Vereinigung“ in Paris gewidmet. Die Verlesung, die mit herkömmlichem Schwung verlaufen ist, diese bezeichnende Ordnung des Andenkens eines heldenhaften Märtyrers hat sich ohne Zweifel in ein geistliches Ereignis verwandelt. Durch alle Reden Wang ein gemüht, für die Emigranten neuer Ton durch, der, wie man sich denken kann, durch das Neue hervorgerufen ist, das in unserem Vaterlande eingeleitet hat und mit dem Schicksal Sterns eingeleitet wurde. Schreibt mit Begeisterung an, menschenwürdige Schwärzhunderthändler-Platz „Wolfskudenijs“.

Was gefällt den geschäftlichen Kommerzianten in Paris an dem Schicksal Sterns? „Er hat auf einen deutschen Diplomaten geschossen, weil das russische Volk die Deutschen für Feinde hat.“ Und hier, der sie daran erinnern, daß von der Sowjetmacht zu befehlen. Durch seinen Schuß wollte Stern gleichzeitige Aufmerksamkeit auf jenen erziehenden und elementaren Prozess lenken, der in Rußland alle Ausländer erwartet, die der Sowjetmacht Hilfe erweisen und für ihre Ziele arbeiten.“ („Wolfskudenijs“ vom 26. April).

Schließlich schreibt der altbekannte philosophische Neuliterarist des Kadetten-Clubs „Rjtschik“, Jablonowski, bei der Unterzeichnung der Beweggründe Sterns im Rigaer Blatt „Sewodnja“ vom 13. April, daß die weißgardistischen Terroristen aus zwei Gründen das Ziel geändert und auf ausländische Vertreter zu schießen begonnen haben: Für uns ist es vorteilhafter — sagen die Terroristen — in allen Beziehungen vorteilhafter, das Ziel zu ändern und auf Ausländer zu zielen. Der sich daraus ergebende Vorteil ist offenkundig. Ein solcher Schuß — sagen die Terroristen — wird viel mehr Aufsehen erregen. Aber sie haben noch eine Erwägung: Ein Schuß auf einen bekannten Ausländer kann den Bolschewiki große und ernste Unannehmlichkeiten

bereiten und sogar politische Komplikationen hervorgerufen. Dieser Schuß wird auch Europa, das sich nicht daran gewöhnt hat, an die russischen Angelegenheiten zu denken, zum Überlegen zwingen.

Nur uns kann es nur ein einziges Verbrechen für alle kommenden Zeiten geben: Untätigkeit. Nichtsahnung auch nur der geringsten Möglichkeit, den Bolschewiki irgendeinen Schlag zu versetzen“, schrieb „Wolfskudenijs“ am 20. März. Einige Tage später aber, am 5. April, erklärte sie: „Wir sind verpflichtet, etwas zu riskieren, wir sind verpflichtet, jede Chance auszunutzen, die sich uns bietet.“

Auf diese Weise ist den weißgardistischen Organisationen ein unzweideutiges Signal gegeben worden. Es ist die Zeit zum Einschreiten gekommen, sagen die Weißgardisten, man muß sich beeilen.

Ein System der Propaganda des Terrors

Wie sehen also ein ganzes System der Propaganda des Terrors gegen ausländische Sowjetvertreter und überhaupt gegen Ausländer, die mit der Sowjetmacht zu tun haben. Ein jeder solcher Schuß „wird viel mehr Aufsehen erregen“, wie Herr Jablonowski sagt. Die Leute werden nicht herausbekommen, wer geschossen hat. Der französische Kleinbürger, der die Bolschewiki haßt, weil sie die zaristischen Schulden nicht zahlen, der im Präsidenten der Republik eine Säule der Ordnung sieht, wird nicht lange überlegen, wer dieser „Ruß“ ist, der da geschossen hat, ein weißer, ein roter oder ein schwarzer, und außerdem gibt es doch in den führenden Kreisen Frankreichs nicht wenig Leute, die aus weiß rot machen können. Die Kleinbürger werden sich sagen: All dies versauen die Bolschewiki, wir werden Maßnahmen gegen sie verlangen.

Die Imperialisten beschützen die Weißgardisten

Das verredende Reptil der russischen weißgardistischen Bande ist bereit, der ganzen Welt die Kehle zu durchbeißen. Aber dieses Reptil haben die imperialistischen Staaten gefüttert. Sie

schützen es, sie errichten ihm Militärkassen, sie wahren ihm die Freiheit der Propaganda von Verbrechen. Unter dem Schutze der französischen Polizei, die jeden Kommunisten verhaftet, der „Beziehungen mit Moskau“ verdächtig ist, konnten die weißgardistischen Zeitungen nicht nur zur Ermordung von Vertretern der Sowjetmacht aufrufen, sondern auch zur Ermordung von Vertretern der ausländischen Diplomatie.

Konterrevolutionäre Ungeduld

Das, was in Paris vorgefallen ist, ist ein unglücklicher, aber bei der Vorbereitung von Sprengstoffattentaten sehr häufiger Fall. Es kam schon vor, daß eine Bombe, die von Terroristen hergestellt wurde, in den Händen der Terroristen plakte. Die Weißgardisten sind jene Bombe, die die Feinde der Sowjetmacht herstellten und verpackten, um sie in das Gebäude des im Aufbau befindlichen Sozialismus zu schleudern. Aber die weißgardistische Bombe besteht aus lebenden Menschen. Und die haben keine Geduld. In ihrer Raserei begreifen sie nicht die Schwierigkeiten, die der Intervention im Wege stehen, wollen und können sie nicht begreifen. Sie begreifen nicht, daß die Imperialisten vorher die Einheitsfront gegen die Sowjetunion zustandebringen müssen, damit es nicht statt zu einer Intervention zu einer allgemeinen Prügelei der Imperialisten komme.

Die Waffe, die von den Imperialisten gegen die Sowjetunion geschliffen wurde, hat sich gegen ihre Hersteller gekehrt.

Die Volksmassen der ganzen Welt erfahren, daß bei den Pulverkammern, die von den Weltimperialisten errichtet worden sind, mit Bomben in den Händen besessene Kokainisten, Alkoholiker, Zuhälter unherstolzen, die nur von einem träumen: Wie die ganze Welt in den Krieg hineinzwingen, wie den Brand zu stiften, bei dem sie verbrühen könnten, den Arbeitern und Bauern der Sowjetunion die Errungenschaften der Revolution zu entreißen. Und die Volksmassen werden Mittel finden, das weiße Reptil zu vernichten.

Heraus aus der Kirche! Kampf der Kulturreaktion!

Aufruf des Reichskomitees für Kirchenaustritte — Der Kampf gegen religiöse Illusionen und die Kirche ist Kampf gegen Krieg, Hunger und Faschismus!

Die faschistische Reaktion verschärft ihren Angriff. Sie kürzt den Lohn und nimmt die Unterstützung. Sie verbietet den Armen „Hunger“ zu rufen und sperrt ihn kraft ihrer Gesetze ins Zuchthaus.

Die Kulturreaktion wütet wie noch nie! Radio, Kino, Theater versuchen das Chaos des kapitalistischen Systems mit Lügen zu vertuschen. Abgetakelte Generale, Faschistenführer, SPD- und UGB-Strategen heizen zum Krieg gegen die Sowjetunion und streuen den Werkstätten Sand in die Augen. Pressechmuds, Parteibürokraten und Staatsminister grübeln über neuen Notverordnungen und neuen Theorien, die die Massen gleichzeitig schlagen und betäuben sollen. Der BpD, aber ist verboten; proletarische Literatur, proletarische Kulturschafften unter Ausnahmegegesetz. Der neue Angriff der faschistischen Reaktion will die proletarische Weltanschauung, den Marxismus durch Verbote treffen, weil er nicht widerlegt werden kann. Mittelalterlicher Geistesterror gegen alle freiheitlich und fortschrittlich Geantten, das ist die „Kultur“ der herrschenden Klasse.

Die Kulturreaktion marschiert unter Führung der Kirche. Ihr haben die Kapitalisten die Vollmachten gegeben zur schlimmsten Verwirrung der Arbeiterhirne.

Sie leitet und führt Millionen werktätiger Massen, sie predigt in süßen Worten und scharfen Drohungen, ihr Einfluß reicht in fast alle Hütten.

Die religiöse Illusion ist der beste Wegbereiter des Faschismus.

Die Kirche lehrt Demut und Unterwerfung, wo Kampfwille notwendig ist. Sie predigt „Volksgemeinschaft“, wo Klassenkampf allein Rettung bringt. Die Kirche ist die beste Angelin des „heiligen Krieges gegen die Sowjetunion“. Die Kirche lebt vom Kampfe gegen die drohende Revolution und vom Gelde der Schaffenden in Stadt und Land. Die Kirche streicht ungezählte Millionen ein aus Konkordaten, Staatsverträgen, Zuhaltungen, Stiftungen, Sammlungen, Kirchensteuern!

Die Kirchen verfügen über ein Vermögen von mehr als fünf Milliarden Goldmark in Bodenwerten, Gebäuden, Aktien, Beteiligungen und Bargeld.

Arbeiter, Werktätige! Verliert keine Stunde Zeit. Antwortet auf die faschistische Kulturreaktion, auf das Verbot des BpD:

Heraus aus der Kirche! Zu Hunderttausenden heraus aus der Kirche, Betriebsarbeiter, Erwerbslose, Angehörige!

Heraus aus der Kirche mit der ganzen Familie, Mann, Frau und Kind! Heraus aus der Kirche in Massenaustritten in Stadt und Land!

Bildet überall Kirchenaustrittskomitees!

Laßt keine Versammlung ungenutzt verstreichen, entlarzt auf Betriebsversammlungen, auf den Stempelstellen, in allen Vereinigungen, in den Läden, auf der Straße die Kirche. Wählt Delegierte, entsendet Vertreter in die Komitees.

Die Bourgeoisie soll spüren, daß die Arbeiterklasse ernst macht mit dem Kampfe gegen die Kulturreaktion, gegen Krieg und Faschismus.

Geistesarbeiter! Her zu uns, reißt euch ein, kämpft mit gegen Gewissenszwang und Kulturbarbarei!

Hand- und Kopfarbeiter, aus Werk, entfaltet die Massenlampagne!

- Gegen Konkordate und Kirchenverträge!
- Für kostenlosen Kirchenaustritt!
- Gegen hierale Kriegs- und Faschistenhege in Rundfunk, Presse und Kino!
- Gegen Schulverpflung und Gewissenszwang!
- Gegen Paragraph 218!
- Fort mit dem BpD-Verbot!
- Für eine sozialistische Kultur in einem befreiten sozialistischen Deutschland!

Das Reichskomitee für Kirchenaustritt:

Rote Hilfe Deutschlands, KGD, Freier Radiobund Deutschlands, NFA, Marxistische Arbeiterhochschule, Kampfband gegen Faschismus, Reichs-Erwerbslosenausschuß, Internationaler Fund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Kampfgesellschaft für rote Sporteinheit, Rote Wohlfahrt, Revolutionäre Schriftsteller, Arbeiter-Theater-Bund, L. Gundermann (NH).

Mobilisiert die Betriebe und Stempelstellen für die Forderungen der KPD im Preussischen Landtag

„Schwarzer Drache“ in Berlin

(Schluß)

Mitgliederversammlung zu halten und sie zum erbitterten Widerstand gegen die staatsverbrecher umzuwandeln.

Was jetzt vorliegt, die sofortige Stellungnahme in den Betrieben und an den Stempelstellen gegen die Kriegsverbrecher und ihre weißgardistischen Juristen und ihre faschistischen Verbündeten in Deutschland! Faßt Reichslinie für die Vertheidigung der sozialistischen Sowjetunion!

Organisiert die Verhinderung der Lieferung von Kriegsmaterial!

Erzwingt durch euren Massenkampf, daß die Organisationen der weißgardistischen Verbrecher und Kriegssprengstoffatome aufgelöst und daß diese Bande aus Deutschland hinausgejagt wird!

Von Sozialdemokratische Arbeiter
wirbt unsere Broschüre
„Her zu uns“
PREIS 10 PF.

Heute heraus zur Massenversammlung

um 20 Uhr im großen Saale des „Schiefwerders“.

Walter Dettlinghaus, MdR.,

spricht über: „Wie schaffen wir die rote Einheitsfront zum Kampf gegen Hunger, Faschismus und Krieg?“

SPD., KPD. und Metallarbeiter! Hört, was euch der aus dem DWA. ausgeschlossene Sekretär und langjährige Mitkämpfer zu sagen hat. Ziegler ist eingeladen.

Breslau

Breslau, 20. Mai.

Hilfeschrei verächtlicher Landarbeiterin

Vor Monaten wurden Arbeiter durch den Breslauer Arbeitsnachweis nach auswärts verschickt. Besonders handelte es sich um Landarbeiter. Heute liegt ein Brief einer Arbeiterin vor uns, die durch die Breslauer Nachweisstelle auf die Insel Rügen verschickt wurde. Ihr Schreiben ist ein einziger Hilfeschrei und eine einzige Anklage. Bei schwerster Landarbeit gibt man dort den Landarbeitern nur eine halbe Stunde Mittag, eine Viertelstunde Frühstück und Vesper. Fleisch und Wurst hat die Landarbeiterin seit vielen Wochen noch nicht zu Gesicht bekommen. Die Arbeit muß dort unter menschenunwürdigen Verhältnissen vor sich gehen, da die Arbeiterin uns mitteilt, daß der Inspektor die Arbeiter bis zum äußersten anstrengt. Wenn sie nur eine Minute zu spät zur Arbeitsstelle kommen, wird ihnen ein Stundenlohn abgezogen. Eine Möglichkeit zur Rückkehr nach hier ist der Landarbeiterin nicht gegeben, da ihr Lohn viel zu niedrig und die Aufbringung der Reisekosten vollkommen unmöglich ist.

Schon in der Vorkriegszeit waren die Krantanker Ost-Sibiriens bekannt, daß sie unter Vorwandselungen und Verprechungen Landarbeiter aus allen Gebieten Deutschlands und auch Polens auf ihre Güter zu bringen versuchten, diese dann in der rigorossten Weise ausbeuteten und unterdrückten. Heute brauchen diese Großgrundbesitzer sich nicht mehr selbst um die Herbeischaffung ihrer Ausbeutungsobjekte zu kümmern. Diese Arbeit befragt heute das Arbeitsamt. Weigert sich ein Arbeiter, eine Arbeit an einem ungewissen Ort zu vollziehen unter unbekanntem Bedingungen anzunehmen, so wird Sperrung der Hungerunterstützung und andere Unterdrückungsmassnahmen gegen ihn durchgeführt. Ist aber erst ein Arbeiter an einem entfernten Ort angelangt, wie wir oben berichtet, so ist ihm jede Möglichkeit der Rückkehr genommen. Die Großgrundbesitzer erhalten jene gewöhnliche Unterstützung, auch durch die geprüfeten „sozialen“ Japanzgen.

Da oben angeführter Fall keine Einzelerfahrung ist, fordern wir die Befreiung auf, uns weitere Zuschriften von Arbeitern, die von den Arbeitsämtern verschickt worden sind, zuzustellen, darüber hinaus die Abwehr der Zwangsverschickung zu organisieren und aufzunehmen.

Masch

Freitag, 19.45 Uhr, Arbeitsgemeinschaft: Lohn, Preis und Profit von Marg. Ort: Schulungsraum der Masch, Blücherstr. 11, Sülzenhaus, 1. Etg.

Arbeiterkinderwoche gegen Hunger, Krieg und Faschismus

Die kommunistische Jugend stellt sich die große Aufgabe der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterjugend. Die von Groener geleitete Entpolitisierung und Verstaatlichung der Jugendorganisationen und die Arbeitsdienstpflicht, die immer stärker um sich greift, sind nicht allein gefährlich, weil diese Jugendlichen eine Streikbrecherarmee bilden sollen, sondern weil man die Jugendlichen vom Klassenkampf abhalten und ins Lager der Bourgeoisie überführen will. Die Bourgeoisie ist ebenso eifrig bemüht, auch die jüngste Generation für die Arbeitsdienstpflicht und imperialistischen Krieg vorzubereiten. In der Schule wird eine verstärkte Hege gegen Sowjetrußland entfaltet. Das geschieht nicht immer in offener Art und Weise, sondern mit ganz demagogischen Methoden, so daß sich auch unsere Pioniere einbilden lassen. Dafür folgendes Beispiel: „Geographischeunde, der Lehrer erzählt über Japan und die Mandschurei. Japan ist groß, hat viele Menschen, diese Menschen müssen heute hungern, weil nicht für alle Nahrung da ist. Die Mandschurei ist groß, menschenleer, ist reich. Es ist also ganz klar, daß sich die Japaner die Mandschurei nehmen können, wie — das ist egal.“ Die Kinder finden das sehr logisch und richtig, daß ihnen aber eine bürgerlich-kapitalistische Denkweise beigebracht wird, merken die Kinder nicht.

In den gegenwärtigen Kinderorganisationen werden Millionen von Arbeiterkindern erfasst und im Sinne der Bourgeoisie erzogen. Von diesen Kinderorganisationen geht auch ein Signal zu den Arbeitern. Ist ein Kind befristet für die D.T., sind es auch mehr die Eltern, das trifft auf Pfadfinder, rote Kassen, christliche Vereine ebenso zu. Wir müssen dieser Erziehung bewußt unsere revolutionäre Klassenkampferziehung entgegenstellen. Es geht nicht allein um den Nachwuchs des kommunistischen Jugendverbandes und der kommunistischen Partei, um die Generation, die einst den sozialistischen Aufbau verwirklichen soll, sondern bereits heute spielt das Kind in den Tageskämpfen der Arbeiterklasse eine wichtige Rolle. Erinnern wir uns an den Hafenarbeiterstreik in Hamburg. Die Polizei hatte durch mächtige Polizeikordone die Verbindung der Streikenden mit dem Streikkomitee und der KPD. unterbunden. Hier waren es die Arbeiterkinder unter Führung der Pioniere, die diese Verbindung wieder herstellten. Die Arbeiterkinder können durch bestimmte Aktionen den Druck, den die Arbeiter auf die Kapitalisten ausüben, noch verstärken. So traten in dem nordböhmisches Berg-

Wählt revolutionäre Elternbeiräte

die Liste „Proletarischer Schulkampf“

Breslau. Der Tag der Wahlen zu den Elternbeiräten rückt immer näher. Die Wahlen finden im gesamten Bezirk Breslau am 12. Juni statt.

Manche Arbeiter sind sich der Wichtigkeit dieser Elternbeiratswahlen nicht bewußt. Sie lassen diese Dinge laufen und geben damit den eifrigsten Förderern der Schulreaktion ein freies Geleit. Es ist von den gesamten bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie ein fein ausgeklügeltes Sprüchlein, wonach die Schule mit dem politischen Kampf nichts zu tun habe, und auch dort keine Politik hineingetragen werden dürfe.

Das heute herrschende kapitalistische System ist faul und bankrott auf allen Gebieten und muß aus diesem Grunde auch auf dem Gebiete der Schule die tiefsten Eingriffe machen. Ob wir uns den Etat einer Dorfgemeinde, einer kleinen Provinzstadt oder von Breslau ansehen, es ist überall dasselbe: Abstriche von den allernotwendigsten Ausgaben für den Schulbetrieb.

Professe bleiben unbeachtet

Wir veröffentlichten bereits vor einiger Zeit einen Auszug aus der Entschickung des Schlesischen Lehrervereins, die gegen die Drosselungsmaßnahmen im Schulwesen protestierte. Derartige Proteste selbst aus den Reihen der Lehrer, Ärzte, von Seiten sogar aus dem bürgerlichen Lager mehren sich. Sie können diese Raubbaupolitik nicht mehr verteidigen. So erklärte der Professor Dettlinghaus in der Berliner Werktagekammer:

„Am hemmungslossten toben sich die Sparmaßnahmen auf dem Gebiet der Schule aus. . . Schon jetzt klagen unsere Schulärzte darüber, daß es seit der Einführung des Behandlungsscheines (für 50 Pfennig) außerordentlich schwer ist, die Kinder, die sie als krank und behandlungsbedürftig erkannt haben, der ärztlichen Behandlung zuzuführen.“

Auch der Professor Langhain schrieb in der „Medizinischen Wochenchrift“ (27. November 1931):

„Wir sehen viel mehr nervöse und psychisch kranke Kinder als früher. Die seelische Verstimmung wirkt sich auf den Körper aus, führt zu schlechtem Aussehen, Appetitlosigkeit, mangelndem Konzentrationsvermögen in der Schule. Sparmaßnahmen müssen dort aufhören, wo die Gesundheit der Kinder auf dem Spiele steht.“

Trotz die „Sparmaßnahmen“ werden immer rigoros. Das Aussehen der schlechte gesundheitliche Zustand der Kinder, ihr mangelndes Konzentrationsvermögen und Zeichen von Hunger, Not und Entbehrung im Elternhause, verursacht durch die mörderische Krise dieses untergehenden kapitalistischen Systems. Die Gelder für die Schulbeihilfen werden, anstatt sie zu erhöhen, ganz gekürzt oder zur Bedienungsdienstleistungen reduziert. Zwar freier, luftiger Klassen, die den Kindern Raum und Lernmöglichkeit geben würden, hat man die

arbeiterkinder die Schulkinder in den Schulstreik mit der Losung: „Wir gehen nicht eher in die Schule, bis die Forderungen unserer Väter erfüllt sind.“ Bei den Eltern Kämpfen gegen die Sperrung der Wehrfahrtswege drängten die Kinder und die Frauen zuerst in das Wehrfahrtsamt der Stadt. Ein Arbeiterin wurde von der Polizei angefaßt.

Diese Beispiele zeigen uns die Wichtigkeit der Einreichung der Kinder in die Kampffront der Erwachsenen. Wenn unsere Gegner behaupten, die Kinder sind zu jung zum Kämpfen, so erklären wir: „Wenn die Kinder alt genug sind zum Hungern, sind sie auch alt genug zum Kämpfen.“

Arbeiterkinder, ihr und eure Kinder leiden Not. Bildet die gemeinsame Kampffront der drei Generationen im Kampfe gegen Hunger — Krieg — Faschismus.

Wählt zu den Elternbeiratswahlen die Liste: „Proletarischer Schulkampf!“ Werbt für diese Liste, die für die Forderungen der Arbeiterkinder kämpft: für Schulspeisung, freie Lernmittel, gegen Lehrerabbau, Abstriche am Unterrichtsetat, Schulfaschismus. Schützt eure Kinder in die roten Pionierorganisationen. Die Arbeiterkinderwoche soll dazu dienen, die Massen der Arbeiterkinder zu mobilisieren gegen Hunger, Krieg und Faschismus.

Proleton-Wochenpielplan

Im Proleton, Gablitzstraße 20, Hötchenstraße 19, wird ab Freitag, den 20. Mai, ein Dreistunden-Programm geboten. Zwei Tonfilme: „Der Zinker“, ein Kriminalfilm, ein Tonstückspiel: „Er und sein Diener“, eine vorzügliche Bühnenschau und die neue Wochenschau. Die Programmfülle bringt eine Verschiebung der Anfangszeit. Die Programmfülle bringt eine Verschiebung der Anfangszeit. Beginn um 17.30 Uhr und zur letzten Vorstellung schon um 20.30 Uhr. Eintrittspreiserhöhung tritt nicht ein. Sonntag um 14.30 Uhr findet die Kinderdarstellung statt. Preise und alles andere ist aus den Inseraten zu ersehen.

Rosenthaler Siedlungs-W.G. richtet Mieter zugrunde

Breslau. In der Nordperipherie von Breslau befindet sich ein Siedlungsblock: Rosenthal! Die Siedlungs-W.G. verlangt zwar rigoros von den Mietern pünktliche Mietzahlung, ungeachtet der sozialen und wirtschaftlichen Lage der einzelnen Mieter, kümmert sich aber auf der anderen Seite nicht im geringsten um die ungeheuren Mißstände und die nie endenden Beschwerden der Mieter, über die Wohnungen in dem Siedlungsblock. In einem ziemlichem Teile von Wohnungen wuchern die Pilze und verbreiten einen gefährlichen Geruch, der die Keime von Krankheiten für die Bewohner in sich trägt. In den feuchten Boden heimen sich die Möbel auseinander und die Mieter stehen in kurzer Zeit vor den Trümmern ihrer Wohnungseinrichtung, die sie in der heutigen Zeit der Wirtschaftskrise nie mehr ersetzen könnten. Die geprüfeten Grünanlagen bilden eine Unkraut-Plantage, und die Spielplätze sind alles andere, als wie Erholungs-orte für die Kinder, der dort wohnenden Mieter. Daß die Mieter sich das alles bisher bieten ließen, liegt wohl daran, daß sich gewisse Leute die größte Mühe geben, aus oben ge-

nanntem Wohnblock einen Nazihort zu errichten. Anlässlich der letzten Wahlen wimmelte es dort von Palantrenschächern und Naziparolen. Die Bewohner des Siedlungsblocks Rosenthal sehen nun aber, daß sich Brüdner und die übrigen Palantrengrößen von Breslau einen Dreck um die Zustände in Rosenthal kümmern. Die Mieterschaft von Rosenthal muß selbst Hand ans Werk legen, wenn sie diesen, jeder Beschreibung spottenden Zuständen ein Ende bereiten will. Wir verlangen gesunde Wohnungen, Entschädigung für die in den Wohnungen zugrunde gerichteten Sachen der Mieter, Instandsetzung der Grünanlagen und Spielplätze.

Nur einen geringen Bruchteil der Mißstände und Beschwerden der Rosenthaler Mieterschaft haben wir hier kurz skizziert. Wir fordern die gesamte Mieterschaft von Rosenthal auf, sich reiflich am Donnerstag, den 26. Mai, 20 Uhr, im Café Tiege am Pöhlmannweg einzufinden. Dort tagt eine Mieterversammlung der Rosenthaler Mieterschaft, die zu allen Fragen des Wohnungsproblems Stellung nehmen wird.

Klassenfrequenz bedeutend erhöht. Sechzig und mehr Kinder pfercht man wie die Heringe in die Klassenzimmer ein. Siebentaufend Volksschullehrer wurden allein in Preußen am 30. September vergangenen Jahres abgebaut.

Die Ausgaben für Lehr- und Lernmittel werden ebenfalls zusammengestrichen. In der Zeit, wo der Prozentjah der Eltern als Wohlfahrtsempfänger ständig wächst, die Wohlfahrtsunterstützung noch reduziert wird, die Eltern gar nicht mehr in der Lage sind, ihren Kindern einen Groschen für Beste und Bücher mitzugeben, in dieser Zeit werden auch bei Lehr- und Lernmitteln die Ausgaben gestrichen.

Zudem haben wir in einer großen Reihe von Schulen noch Lehrer, die sich mit den sozialen Verhältnissen des Elternhauses ihrer Kinder nicht befassen, die bei der geringsten Verschlingung „Böswilligkeit“ vermuten und mit dem Knüttel die „Erziehung“ der Kinder durchführen. Die Kinder der Werttätigen von heute müssen unter ganz anderen Verhältnissen aufwachsen, werden hineingerissen in das Alltagsleben, sehen und fühlen die Not der Eltern und brauchen Erzieher und Lehrer, die von großem Klassenbewußtsein zur werttätigen Klasse getragen sind, die in der Lage sind, den Kindern die Zusammenhänge der ganzen Dinge von heute klar vor Augen zu führen.

Die Elternschaft organisiert den Schulkampf

Die Eltern müssen erkennen, daß darum die Wahl von revolutionären Elternbeiräten in allen Schulen eine zwingende Notwendigkeit ist. Es darf keinen Vater und keine Mutter geben, die am 12. Juni die Wahl zu den Elternbeiräten fern bleiben. Es darf auch keine Schule geben, an der nicht eine Liste der revolutionären Elternschaft aufgestellt wird. Die Liste der revolutionären Elternschaft heißt: „Proletarischer Schulkampf!“

Die Schule in der Herstraße und auch die Elternschaft von Hartlieb haben bereits ihre Listen aufgestellt und auch die Elternschaft mobilisiert.

Jetzt heißt es: Alle Kräfte eingespannt! Die revolutionäre Elternschaft kämpft für:

- Stoßlose Schulspeisung aller Volksschüler!
- Volle Lehr- und Lernmittelfreiheit!
- Für Erniedrigung der Klassenfrequenz und Einstellung von Lehrern!
- Göchststärke der Klasse darf nur 30 Kinder betragen!
- Für die Beseitigung aller Prügelpädagogien!
- Für Schaffung von hellen, gesunden Schulräumen!
- Renovierung und Ausbau aller Schulen, die von den revolutionären Eltern als notwendig befunden werden!
- Wir trommeln zum Kampf um die Schule! Wählt revolutionäre Elternbeiräte!

Geschäftliches

Das mit einer Weingroßhandlung verbundene Tamborchillerwert Herzberg u. Co. hat, um den Wünschen seiner zahlreichen Kundenschaft in der Gegend des Ritterplatzes und der Sandbrücke zu entsprechen, eine Filiale Gneisenau-Platz 7, Ecke Gneisenaustraße, eröffnet. Der Verkauf findet dort zu Originalpreisen wie in allen anderen Filialen statt. Das Geschäft ist nach ganz modernen Grundrissen ausgebaut und ist eine Zierde der dortigen Gegend.

Verantwortlich für den politischen Teil: Proleton und Proleton; Erich Schöberl, Breslau. — Für die wirtlichen Seiten: Alfred Schindler, Berlin. — Für Inserate: Albert Galliam, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Treubauer Straße 60.

Proleton

-Tonfilmbühne
Gablitzstraße 20
Hötchenstraße 49

Beginn 5.30 Uhr — 7 Uhr — 8.30 Uhr

Wir eröffnen unsere Sommeralton!

Ein drei Stunden-Programm

Der Zinker

Ein Kriminalaltonfilm nach Edgar Wallace. In den Hauptrollen: Lissi Arna, Karl L. Diehl, Fritz Rasp, Paul Hörblinger, Szöke Szakall (Tobis-Klangfilm)

Auf der Proletonbühne: Elite-Bühnenschau

Der Streit um die Million

Ein Sketch voll Lustigkeit und Humor

Er und sein Diener

Ein urkomischer Tonfilm mit Oskar Sabo, Paul Henckels, Anni Markrat, Paul Heldemann, Robert Thoeren, Ernst Senesch (Tobis-Klangfilm)

Neue Ton-Wochenschau! Jugend verboten!

Keine erhöhten Preise. — Ab 60 Pfg. Erwerbslose an den Wochentagen bis 50%, ermäßigt

Sonntag, den 22. Mai 1932, 1/3 Uhr Nachmittag

Große Kinder-Vorstellung

Er und sein Diener

Tonlustspiel — Bühnenschau und Beiprogramm

Eintritt 20 und 30 Pfennig

Arbeiter-Sportkartell

Rund um den Erdball

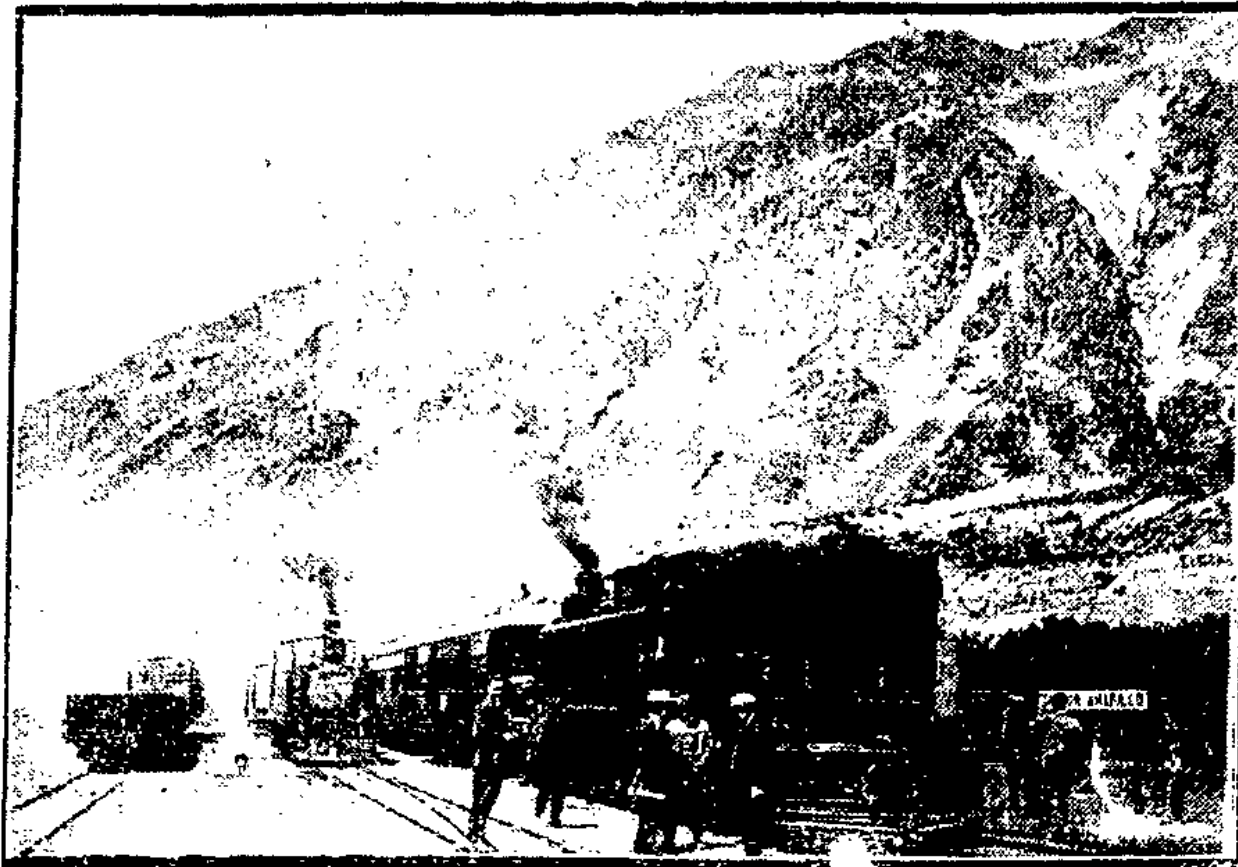
Ungeheure Einsturztatastrophe in Chile

52 Arbeiter unter den Trümmern begraben

Santiago, 19. Mai. Beim Bau der neuen Transandischen Bahn in der Nähe der chilenisch-argentinischen Grenze ereignete sich heute ein entsetzliches Unglück. Ein Teil des neuen Tunnels stürzte plötzlich aus noch unbekanntem Grund ein und begrub unter seinen Trümmern viele Arbeiter. Die Zahl steht noch nicht fest. Man schätzt auf 50 bis 60 Arbeiter, die unter den Trümmern begraben sind. Kaum, daß die Rettungsarbeiten begonnen hatten, ereignete sich ein zweiter Einsturz. Dadurch wurde die Sauerstoffleitung, die der Hilfsmannschaft Luft zuführte, vernichtet, und alle Arbeiter, die an der Rettung der Eingeschlossenen beteiligt waren, mußten flüchten. Es besteht kaum noch Hoffnung, daß die Veräschütteten gerettet werden.

Wie jetzt bekannt wird, befinden sich 52 Arbeiter unter den Trümmern. Es besteht gar keine Hoffnung mehr, diese zu retten.

Der Einsturz ereignete sich bei Las Naicas. Nähere Nachrichten über den Vorgang und die Ursache der Katastrophe fehlen noch. Das eine scheint festzustellen, daß es sich hier um einen verbrecherischen Leichtsinns der Bauleitung handelt, die nicht genügend Sicherungen getroffen hat und dadurch so viele Arbeiterleben vernichtete.



Gegenwärtig sind 600 Arbeiter an der Bergung der Leichen beschäftigt, aber es ist bisher noch nicht gelungen, auch nur einen der Veräschütteten hervorzuheben. Die Erregung unter der Arbeiterschaft gegen die Unternehmer und gegen die Verwaltung der Eisenbahn ist eine ungeheure.

Spiegel der Ereignisse

Angst vor dem roten Tuch

Die ungarische Regierung hat eine Verordnung erlassen, nach der die Feuerwehr, die bisher rote Kappen zu tragen pflegte, sofort blaue Kappen anzulegen hat, da die roten Kappen zu sehr an die Kommune erinnern.

Die rote Kappe ist also für die ungarische Regierung ein Symbol für den Stier das rote Tuch ist. Die Staatskassen in Ungarn sind leer. Die ungarische Regierung ist schon seit Monaten bankrott. Obwohl sie bereits mehrere Male die Gehälter der Beamten kürzt hat, ist sie auch nicht in der Lage, die gekürzten Gehälter auszuführen. Das Land gleicht einem Meer von Arbeitslosendemonstrationen und Bauernerhebungen im ganzen Lande. Mehr als 60 Prozent aller Betriebe liegen still. Millionen Menschen im Lande hungern. Die Spitäler werden abgebaut, weil kein Geld vorhanden ist. Aber für ein Kappen hat die Regierung Geld: für die Umwandlung der roten Kappen der Feuerwehr von rot in blau.

Man kann es der ungarischen Regierung nachfühlen. Sie kann das Rot nicht vertragen. Aber mit den blauen Kappen wird die Feuer der Revolution, das in Ungarn immer helleren Flammen schlägt, nicht gelöscht.

„Individuell und national verschieden“

Es ist bekannt, daß die Nazis im „Dritten Reich“ ein Zucht- und Rasseamt einrichten wollen, kurz eine von hoher Sittlichkeit von den Idealen arischer Rasseinheit getragene Eheberatungsstelle. Die Nazis verkünden tagtäglich in ihrer Presse, daß das „Dritte Reich“ das Ideal der Keuschheit und die Hochburg der Sittlichkeit sein werde. Keusch, naiv und unerfahren muß die holde Jungfrau sein, die die Erlaubnis erhält, dem Ritter des „Dritten Reiches“ zum Altar zu folgen.

Und nun lesen wir im Frauenbriefkasten der Wiener Zeitung „Deutsch-Österreichische Tageszeitung“ („Döh“) unter der Überschrift „Gros“ die folgende Antwort:

„Die Größe ist individuell und national ungemein verschieden. Durchschnittlich normale Länge 22 bis 24 cm.“

Freilich, was die holde Jungfrau angefragt hat, wissen wir nicht, aber aus der Antwort ist auch die Frage zu ersehen. Sie hat doch recht, die holde Jungfrau. Eine Kasse im Saal will nicht kaufen. Sie will wissen, woran sie ist, bevor sie den Sprung in den heiligen Stand der reinrassigen Nazische macht. Sie ist sicher.

Verheerender Waldbrand im Kreis Liebenwerda

Th. Lauchhammer, 19. Mai. Vier Tage wütete in den Wäldern zwischen Lauchhammer und Grünwalde ein Waldbrand, der vermutlich auf fahrlässige Brandstiftung zurückzuführen ist. Trotz aller Bemühungen zahlreicher Feuerwehren gelang es nicht, den Brand aufzuhalten, der erst nach viertägiger Dauer heute vormittag im wesentlichen als gelöscht gelten kann. Man schätzt die betroffene Fläche auf rund 1000 Morgen. Der Schaden ist sehr groß. Es besteht noch die Gefahr, daß der Brand bei Windzunahme erneut ausbricht.

Kohlenstaubexplosion in einem Dresdener Kraftwerk

Th. Dresden, 18. Mai. Im Kraftwerk im Westend der Stadt kam am 18. Mai ein Kohlenstaubexplosion aus, die erst nach erfolglosen Bemühungen der Feuerwehr durch die Sprengung von Bombenmündern am rechten Ufer und wurde im hoffnungslosen Zustand ins Krankenhaus gebracht. Durch den Brand ist großer Gebäudeschaden entstanden. Ganze Wandstücke fielen heraus. Tote, viele Verletzte und Schwerverwundete wurden vertrieben.

127 Jahre alt geworden

Belgrad, 19. Mai. Im Dorfe Grabovica starb am 19. Mai ein 127-jähriger Bauer Madenta Stefanovic im 127. Lebensjahr. Er hinterläßt einen 90-jährigen Sohn und einen 11-jährigen Enkel.

EINE MUTTER KÄMPFT UM IHRE SÖHNE



Die Mutter zweier der acht in Amerika zu Tode verurteilten Negerknaben befindet sich gegenwärtig in Deutschland, wo sie in Versammlungen der Roten Hilfe auftritt.

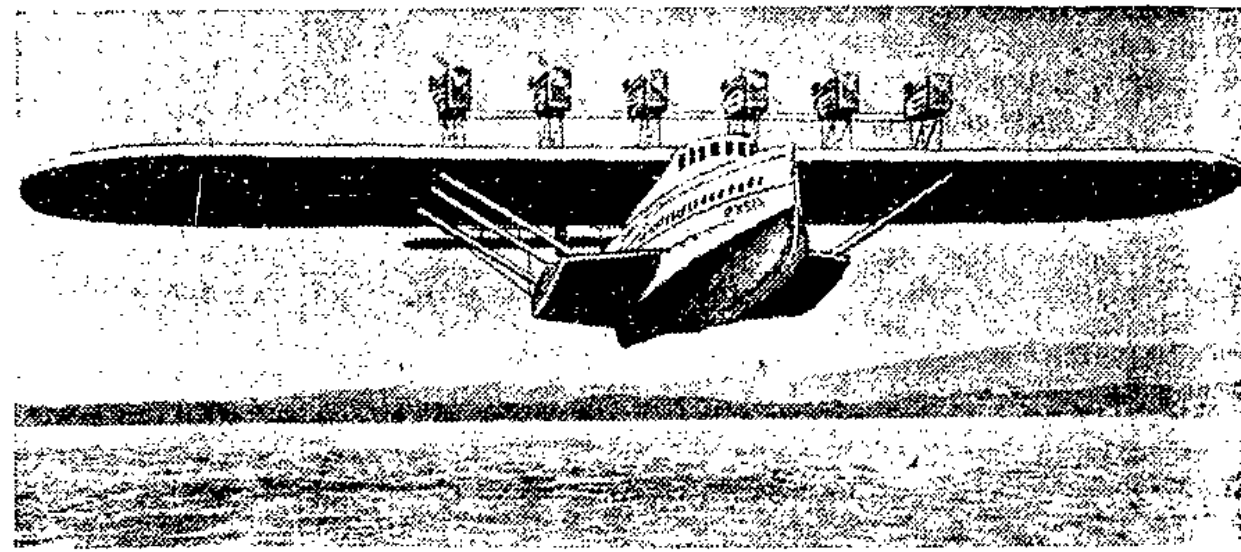
(Aus der „AIZ“)

Pest in Südwestafrika

Bisher 40 Todesfälle

Th. London, 19. Mai. Der nördliche Teil des Mandats Südwestafrikas ist von einer schweren Pest-

Das deutsche Flugschiff „Do X“, das seit längerer Zeit in New York stillgelegen hat, ist jetzt zur Rückkehr nach Deutschland gestartet. Der Flug soll über Neufundland und die Azoren nach Friedrichshafen gehen.



peste heimgesucht. Bisher sind 40 Todesfälle berichtet. Angesichts der weiten Landstrecken und des Fehlens einer wirksamen Organisation zur Anmeldung aller Krankheitsfälle glaubt man jedoch, daß die Zahl der Todesfälle in Wirklichkeit viel höher ist.

Von der Roßtrappe abgestürzt

Thale, 19. Mai. Der Oberprimaner Lohar Hein aus Berlin stürzte vom Roßtrappensattel tödlich ab, als er in Begleitung eines Freundes auf einer Radtour durch den Harz begriffen war. Beim Abstieg vom Roßtrappensattel tat Hein einen Fehltritt, stürzte und brach sich die Wirbelsäule.

Großfeuer in Altona

Th. Altona, 19. Mai. Donnerstag früh, um 0.40 Uhr, entbrannte in den Betrieben der Firma Gebrüder Ahrens ein Großfeuer. Zur Bekämpfung wurden drei Züge der Altonaer Feuerwehr aufgeboden, die mit zwölf Schlauchleitungen das Feuer bekämpften und in kurzer Zeit den Brand auf seinen Höhepunkt schränken konnte. Zahlreiche Schuppen und Werkstätten sind verbrannt. Vier Pferde sind in den Flammen umgekommen. Bei den Löscharbeiten wurden zwei Feuerwehrleute durch herabfallende Bauteile verletzt.

So kolonisiert man bei uns!

Brief von Berliner Arbeitern aus der Sowjetunion

Kommune Spartak, Chosta, 10. 5. 1932

An die Redaktion der Roten Fahne,

Werte Genossen! In einer Nummer der „Roten Fahne“ von Mitte April dieses Jahres hattet ihr einen Artikel gebracht über die Eröffnung einer Erwerbslosenkolonie bei Waghmannsdorf von der Stadt Berlin aus. Wir als ehemalige Berliner Erwerbslose, welche zum Teil drei Jahre Stempelbrüder waren, haben uns gefragt, daß auf diesen Artikel hin wir unseren zurückgebliebenen „Stempelbrüder“ sagen können, wie hier in der Sowjetunion gesiedelt wird.

Unsere Absicht ist, hier im Kaukasus am Schwarzen Meer, eine Kommune zu bauen. Als Land hat der Sowjet vier ehemalige Herrenhöfe zur Verfügung gestellt. Insgesamt 45 Hektar, davon acht Hektar Obstplantage, vier massive Wohnhäuser mit Stallungen und 7000 Rubel Kredit, welchen wir erst in zehn Jahren zurückzahlen brauchen, zu einem Zinssatz von zehn Prozent. Steuern haben wir, da wir neu anfangen, die ersten drei Jahre nicht zu zahlen, dafür aber nach Ablauf dieser Zeit nur drei Prozent von unserem Gesamtverdienst. Das sind alle Steuern, die hier zu entrichten sind. Auf Grund des Kredites, den die Staatsbank der Sowjetunion uns gegeben hat, konnten wir gleich mit vollem roten und lebenden Inventar anfangen zu arbeiten.

Wir haben jetzt drei Pferde, zwei Ziegen, drei Kühe, drei Schweine, Hühner und Kaninchen, und das alles bekommen wir schon

trotzdem wir erst am 15. Oktober 1931 aus Deutschland abgefahren sind. Nur ein großer Mangel ist hier, und das ist der Mangel an Arbeitskräften. Es ist nicht möglich, Arbeitskräfte zu bekommen, weil einfach keine Erwerbslosen da sind. Wir waren arg im Grund und Rückstand mit unserer Frühjahrsplanung. Nach Rücksprache mit dem Sowjet ergab sich folgendes: Der Sowjet erklärte in einer Sitzung, daß in der deutschen Kommune die Arbeit nicht richtig vorwärts geht aus Mangel an Arbeitskräften. Am 2. Mai, hier ist der 1. und 2. Mai Feiertag, standen frühmorgens 40 Genossen, 10 Genossinnen mit 5 Pferden, 2 Spaten, 2 Hacken und Pflügen vor unserer Tür und erklärten uns, daß sie einen Ruhetag opfern, um uns zu helfen. Dieses Bild, wie unsere russischen Genossen uns standen, mit einer roten Fahne an der Spitze, war für uns unvergesslich. Könntet Ihr Euch bei Eurer Siedlung auf 500 Quadratmeter so etwas vorstellen?

Stempelbrüder, zu Euch kommt der republikanische Gerichtsvollzieher mit dem Kuckuck, aber keine Hilfe und Unterstützung. Man will aus Euch Landkolonisten machen, um Euch abzulenken. Hilfe, Unterstützung und Arbeit wird Euch erst nach dem Klassenkampf abzulernen. Hilfe, Unterstützung und Arbeit wird Euch erst zuteil werden im Räteredeutschland. Dann werden Ihr siedeln können, wie wir hier im ersten Arbeiter- und Bauernstaat der Welt.

Kol Front!

J. M. Hermann Grünberg

Unterstützungsabbau an allen Erwerbslosen jetzt ein!

Den Saganer Erwerbslosen sollen alle Sonderleistungen ab 15. Mai gestrichen werden — Unterstützungsabbau gegen alle Erwerbslosen angekündigt — Schmiedel sofort an jeder Stempelfelle die Einheitsfront!

Sagan. Der Kreisauausschuß hat am 12. Mai den Beschluß, mit Wirkung vom 15. Mai alle Sonderleistungen an die Erwerbslosen, wie Praxistarten, Milchprämien, Lichtgeld und Wietzschüsse zu streichen. Die von diesem Unterstützungsabbau betroffenen Erwerbslosen, will man über den wahren Charakter dieses Anabzuges hinwegtäuschen, in dem Einzelanträge auf Sonderleistungen zugelassen werden. Diese Einzelanträge unterliegen einer verfahrensmäßigsten Bedürftigkeitsprüfung. In der Praxis würde sich herausstellen, daß die große Mehrzahl der Erwerbslosen allen bisherigen Sonderleistungen verlustig geht. Damit würde das Rezept der Regierungsrätin Frau Michner verwirklicht, die gestaffelten Unterstützungsabbau ankündigte.

Die Kampfhandlungen der Saganer Erwerbslosen am 6. und 7. Mai führten durch die Einheitsfront zu einem ersten Sieg. Der angekündigte 30 bis 35prozentige Unterstützungsabbau konnte damals nicht durchgeführt werden. In richtiger Erkenntnis des gestaffelten Vorgehens der Regierungsbehörden, erklärte der Erwerbslosenausschuß den Erwerbslosen in einer darauf folgenden Massenversammlung, daß sie sich nicht eintulsen lassen dürfen, da die Behörden versuchen, den angekündigten Unterstützungsabbau allmählich durchzuführen.

Mit dem Beschluß des Kreisauausschusses ist das eingetroffen. Eine weitere Kürzung der Unterstützungslage soll mit Wirkung vom 29. Juni eintreten. Darüber hinaus plant die Reichsregierung einen 20prozentigen Unterstützungsabbau an allen Haupt-, Arznen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfängern. Ferner soll die Bedürftigkeitsprüfung in der Erwerbslosenversicherung eingeführt und damit ein weiterer Teil vom Empfang der Unterstützung abgeschnitten werden. Diese angekündigten Maßnahmen sind ein Alarmsignal für alle Erwerbslosen!

Die Saganer Erwerbslosen, die eine erfolgreiche Kampfhandlung hinter sich haben, dürfen nicht erst den Entzug der Sonderleistungen kampflös entgegennehmen.

Dadurch würde der Magistrat und Kreisauausschuß, würden die Feinde der Erwerbslosen nur ermutigt und weiteren Unterstützungsabbau durchführen. Die Erwerbslosen von Sagan müssen auf den Entzug der Sonderleistungen mit denselben Mitteln antworten, wie am 6. und 7. Mai! Es muß eine große Massenaktion eintreten, in die die Betriebsarbeiter mit einbezogen werden. Als Ziel dieser Massenaktion muß, außer der Weiterbezahlung der Sonderleistungen, die Verwirklichung der Forderungen der kommunistischen Landtagsfraktion für die Erwerbslosen gelten. Die Forderungen, die dort eingebracht wurden, das sind

Die Forderungen der Saganer und aller schlesischen Erwerbslosen.

Sie lauten:

1. Alle Kürzungen der Wohlfahrt und sonstigen Unterstützungen sind rückgängig zu machen.
 2. Arbeitsbeschaffung durch Staat und Gemeinde. (Bau von Arbeiterwohnungen, Straßen und Brücken, Spiel- und Sportplätzen, Schulen, Krankenhäuser und Badeanstalten, Verkehreinrichtungen usw.)
 3. Preislenkung für Gas, Wasser, Elektrizität und Verkehr, für Kohle und Holz.
 4. Befreiung der Erwerbslosen, Sozialrentner usw. von der Miete. Verbot von Ermässionen gegen Minderbemittelte.
 5. Unterstützung für alle jugendlichen Erwerbslosen. Kostenlose Speisung und Einrichtung von Erwerbslosen-Zugendheimen, unter Kontrolle der Erwerbslosenausschüsse.
- Die Saganer Erwerbslosen stellen an die Spitze ihrer Massenaktion, den Kampf um die Weiterbezahlung der Sonderleistungen. Durch die Einheitsfront aller Erwerbslosen und das Kampfbündnis mit den Betriebsarbeitern, muß es auch diesmal gelingen, den Unterstützungsabbau siegreich abzuwehren und darüber hinaus den Kampf

um die Verwirklichung der Forderungen der kommunistischen Landtagsfraktion zu führen. Nur im außerparlamentarischen Massenkampf kann die weitere Verelendung der Arbeitermassen und darüber hinaus des Mittelstandes verhindert werden. Zurücksetzt im Betrieb und Stempelfelle die Einheitsfront, als Voraussetzung des siegreichen Kampfes gegen Lohn- und Unterstützungsabbau!

Für die Reichen alles — für die Armen nichts

Nach 40 Jahren Arbeit mit 63 Jahren zum Verhungern verurteilt!

Landeshut. „Bei uns in der Stadt braucht kein Mensch zu verhungern!“ — Das war der Ausbruch des Vorstehers Aberle in einer Stadtvorordnetenitzung, bei der Behandlung der Anträge der Wohlfahrtsempfänger. Man braucht sich natürlich über einen solchen Ausbruch nicht zu verwundern, denn in der Ideologie solcher gut situierten Schwelger, hängt der Mensch zumindestens, wie im alten wilhelminischen Staate, erst beim Leutnant an. Nun ein Beispiel, daß dem Ausbruch dieses Vorstehers Aberle Jahn spricht, und ein Jahnschlag ins Gesicht solcher Leute bedeutet:

Eine Frau, im Alter von 63 Jahren, aus dem Stadtteil Leppersdorf, die ungefähr vierzig Jahre lang für die Profite des Kapitalisten geschuftet hat und jetzt erwerbslos ist, erhält eine Wohlfahrtunterstützung von

Einnahmen: wöchentlich	2,77 Mark
monatlich	10,08 „
Zuschuß von einem verheirateten Sohn	5,00 „
zusammen im Monat: 15,08 Mark	
Ausgaben: Miete	6,49 Mark
Licht	0,70 „
Wasser	0,40 „
Versicherung	2,50 „

Es bleiben also dieser Frau zum Leben übrig: monatlich 4,99 Mark, oder wöchentlich 1,25 Mark.

Man wage es nicht zu behaupten, „In unserer Stadt braucht niemand zu verhungern.“ Würde Herr Aberle vielleicht nicht die Güte haben, uns seinen Einnahmen- und Ausgabenetat, sowie denen der Stadtväter zu unterbreiten, um einen Vergleich mit dem obigen herzustellen?

Es ist wahrhaftig ein Drama, und hier widerspiegelt sich der ganze Widerspruch der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung, wenn man den obigen Zahlen anderen gegenüber stellt:

Der Fürstbischof von Breslau erhält jährlich 100 000 (Hunderttausend) Mark. Der Direktor der Danat-Bank 1 000 000 (eine Million) Mark. Goerrens, Direktor der Krupp-WG. 120 000 Mark. Auf Grund eines Abdingungsvertrages aus dem Jahre 1929 mit der preussischen Regierung, unter Führung des Sozialdemokraten Otto Braun, erhielten die Standesherrn zusammen 11 300 000 000 Mark. Der entthronte Kaiser in Bonn erhält täglich über 1000 Mark. Sein

Die Fürstlich-Bischöfliche Forstverwaltung braucht dringend Geld

Der Kreisauausschuß hat nicht nur die Steuerzuschüsse des „armen“ Fürsten in Langwamborsdorf, sondern auch in Göhlenau gestrichen. Ein nicht so warmes Herz hat der Kreisauausschuß für die armen Pächter der fürstlichen Verwaltung. Mit die Wägen der Pächter werden alle Jahre im Winter Schneeschublenben gestiftet, wofür die Pächter bis zu diesem Jahre die Entschädigung erhielten. Die Fürstliche Verwaltung will dieses Jahr die Entschädigung für sich einziehen.

Wer fragen den Kreisauausschuß vor aller Öffentlichkeit, was die Herren in dieser Unverschämtheit sagen. Man muß doch brandspenden, daß beim Aufstellen oder Abreißen der Wägen trotz größter Vorsicht Mängel liegen bleiben können, die dann ins Futter kommen und von dem Vieh gefressen werden können. Wenn dadurch Vieh eingeht, ist das für einen Kleinbauern ein unerlegbarer Verlust.

Die Pächter der Fürstlich-Bischöflichen Forstverwaltung müssen vom Kreisauausschuß fordern, daß die Entschädigung für das Aufstellen der Schneebänke an der Straße von Langwamborsdorf nach Waldenburg schon der Kreisauausschuß dem „armen“ Fürsten die Steuern streicht, so dürfte obige Forderung durchaus durchführbar sein.

Den Pächtern rufen wir zu, laßt euch nicht einleiten. Verlanst die zurecht behebende Entschädigung für euch! Kämpft im Bündnis mit den Arbeitern um eure Forderungen.

Sohn Kumi, Propagandapostler der Nazis, erhält jährlich 24 000 Mark. Für verachtete Unternehmungen und Banken werden Millionen-Summen verpulvert.

Für die Reichen alles, aber die Armen mögen verrecken! Denn nach Brecht sind „20 Millionen zuviel, und Deutschland würde das reiche Land der Welt sein, wenn 20 Millionen der Kanäle über Nacht zugrunde gehen würden.“

Aber nicht 20 Millionen sind zuviel, sondern die Erde birgt soviel Schätze, daß ein Hungern der Menschen unmöglich wäre, wenn die Beherrschter nicht die Kapitalisten wären.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat eine Reihe von Anträgen gestellt, die im Interesse der Armen und Jungtugen liegen, sich gegen die Reichen und Satten richten. Diese Anträge müssen in Massenversammlungen dem Volke unterbreitet werden.

In den Betrieben und Stempelfellen muß ein Massenturm entfacht werden, um die parlamentarischen Forderungen mit dem außerparlamentarischen Kampf zu verbinden.

Die Kirche hat einen unerfülllichen Magen

Landeshut. Der katholische Kirchenvorstand braucht Geld. Nicht genug, daß die Religionsgesellschaften Millionen über Millionen aus allgemeinen Steuermitteln in den unerfülllichen Schlund geworfen bekommen, daß jede kirchliche Handlung auf bezahlte werden muß, daß durch Patronatsverträge tausende Mark zugeschanzt werden, werden die Gläubigen zudem noch mit Kirchenheuern beglückt. „Kost und Geld bei der Arbeitern, Rentnern und Ausgarbeitern, mit Hilfe der Union verurteilt und verächtlich, berührt diese „allerchristlichen“ Herrschter gar nicht. Selbst die „verbannten Gottlosen“, welche durch die Jungtug zu Ruß und Frommen der Muder in Christo erlassenen Notverordnung verboten wurden, bleiben nicht verschont. Das Motto: „Geld stinkt nicht“, ist zum christlichen Moralgesetz erhoben.

So erhielt erst jetzt wieder ein vor 5 Jahren aus der Kirche ausgestreuter dem Latentbrief, 9 Mark an die katholische Kirchenkasse zu zahlen, damit diese „Gottes Diener“ besolten kann. Es muß schon sehr schlimm um die Requiratur dieser Kirchengemeinde stehen, wenn solche Fehler vorkommen. Doch die Kirche und ihre Trabanten zeigen sich noch von einer anderen Seite. Auf der einen Seite raubte diese „christliche“ Gesellschaftsordnung unter Führung der Zentrumspräsidenten den Arbeitern Arbeit, Brot und Lohn, auf der anderen Seite gehen sich diese Heuchler den Schein der „christlichen Nächstenliebe“. Mit dem vom State, den Gemeinden und von Piraten erschmorkten Geldern wird Wohlfahrt getrieben, aber wie?

Ein mit sechs Kindern beglückter früherer Textilarbeiter, seit zwei Jahren erwerbslos, benötigt dringend Leibwäsche für sich und für die Kinder, welche schon halb kein Hemd mehr auf dem Leibe haben. Das Kreiswohlfahrtsamt, an das er sich wandte, verwies ihn an den katholischen Charitasverband, und jetzt kommt das Bescheidene und das Empörliche: Weil der Bedürftige sich vom Himmel nichts verspricht, sondern hiernieden schon für eine bessere Gesellschaftsordnung sich einsetzt, wird er von einem Fräulein Taube abgewiesen, weil er Umzüge der Kommunisten mitgemacht und sich somit von diesen helle lassen soll.

Soweit ist es in Deutschland mit der „Freien“ Verfassung der Welt gekommen. Arbeiter! Macht Schluss mit diesem kapitalistischen System! Heraus aus der Kirche, keinen Pfennig diesen Heuchlern und Zimterlingen!

Öffentlicher Filmbildvortrag über Sowjetrußland

Greiffenberg i. Schl. Am 21. Mai, 20 Uhr, findet im Saale des Gasthauses „Deutsches Reich“ ein öffentlicher Filmbildvortrag über Sowjetrußland statt. Die Bilder zeigen: Betrieb, Fünfjahresplan, das Leben und Treiben der Arbeiter in hygienischer und kultureller Beziehung, Kassen und Stammtagen, die Sozialfürsorge der Invaliden- und Kriegsgeschädigten u. a. m. Eintritt 30 Pfg. Erwerbslose 20 Pfg. Die lehrreiche Veranstaltung läßt erwarten und wünschen, daß selbige sehr gut besucht wird.

Arbeiter, Arbeiterfrauen von Waldenburg heraus!

Der von der SPD. zur KPD. übergetretene Reichstagsabgeordnete und Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Bezirk Niederrhein,

Genosse Walter Oettinghaus

spricht am Sonnabend, dem 21. Mai, 19 Uhr, in einer öffentlichen Versammlung in Waldenburg im „Edelstein“. Thema: „Wie wehren sich die Metallarbeiter und die gesamte Arbeiterchaft gegen die neuen drohenden Lohnraubmaßnahmen?“ — Kumpels, Metallarbeiter, erscheint in Massen!

Schöne weiße Zähne

schon nach einmalig. Nutzen mit der herrl. erfrisch. schmeckenden „Chlorodont-Zahnpaste“, schreibt uns ein Käufer. Tube 60 Pf. und 80 Pf.

Was verspricht Hitler den Industriellen?

Im zweiten Mai-Heft des „Roten Aufbau“ behandelt Rudolf Reithmann den Vortrag, den Hitler am 27. Januar 1932 im Industrie-Klub vor Hoffen und Konforten hielt. An Hand des Protokolls dieser Sitzung legt er dar, wie Hitler vor seinen Gesegneten sein eigenes nationalsozialistisches Programm verlegt und den Glauben der ihm vertrauenden Massen an nationale und soziale Befreiung vertritt.

Ein wertvoller Beitrag zur Frage des Kampfes für nationale Befreiung und gegen den Nationalsozialismus ist die in dem Heft enthaltene Arbeit von Kurt Sauerland. Interessant ist in diesem Zusammenhang, was Lenin über die nationale Frage und über den Verfall der Nation sagte, ferner die Stellen, in denen die von Marx und Engels begründeten und von Lenin und Stalin konkretisierten Gedanken in der nationalen Frage behandelt werden.

Am 1. Internationalen Solidaritätstag am 12. Juni zeigt Willi Mühsenberger die Bedeutung und besondere Aufgabe dieses Tages,

der in diesem Jahre ganz im Zeichen des Kampfes gegen die Kriegsgefahr steht.

Das wertvolle Heft ist in allen Städten, in allen „M.Z.“-Stellen sowie bei allen Postverkäufern zum Preise von nur 10 Pfennig zu haben. Es kann auch direkt durch den Verlag „Der rote Aufbau“, Berlin W 8, Wilhelmstraße 48 IV, gegen Vorkaufsendung von 10 Pfennig in Briefmarken bezogen werden. Vierteljahresabonnement (6 Hefte) nur 1,80 Mark.

Wie Kriege gemacht werden

Der französische Staatspräsident von einem Weisgardisten erschossen. Wichtige Hebe der internationalen kapitalistischen Zeitungen gegen die Sowjetunion. Attentate waren schon immer eine Waffe der Bourgeoisie, um Kriege vorzubereiten. Vor einigen Wochen standen die Attentäter auf den deutschen Botschafter in Moskau vor Gericht. Jetzt das Attentat auf Doumer. In der „M.Z.“ beweist Alfred Jurella in einem Artikel mit Bildbelegungen

von dem Pariser Attentat und von früheren Attentaten, wie mit diesen Mitteln der Krieg gegen die Sowjetunion vorbereitet wird.

Die „M.Z.“ bringt weiter einen Bericht der „M.Z.“-Korrespondenten, die in Moskau und Leningrad waren, ferner eine erschütternde Reportage aus dem Dorf Sibirsk: Eine Tagelöhnerin wurde wegen angeblicher falscher Anschuldigung des Bürgermeisters mit Gewalt ins Gefängnis gesteckt; dann technische Seiten: Kriegsvorfälle im Herber; Bilder aus der Arbeiterbewegung und vieles andere.

August Mix

Fleisch- und Wurstwaren
Breslau, Gräbschener Straße 35
Neue Graupenstraße 8

B Empfehlenswerte Geschäfte in Breslau und Umgegend

West Kolonialwaren, Delikatessen, Konserven, Weine, Zigarren, Zigaretten, Tabakwaren Franz Rzehulka Alsenstraße 43, Ecke Leuthensstraße. 47164		Leinenhaus Gotthard Völkel Friedrich-Wilhelm-Str. 51 u. Albrechtstr. 56 47911 (2. Haus vom Ring) Gute Berufskleidung und Wäsche jeder Art		Nord Bäckerei u. Konditorei Karl Busch Hedwigstr. 22 / Filiale: Sternstr. 122 Karlowitzermarkt 11 46799		Lokal Konzerthaus Kroker am Weldendamm 48238 Das beliebte Familien-Lokal Jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag: Konzert	
Molkereiprodukte Erna Baudis Friedr.-Wilh.-Str. 80 47671		Paul Frühau Kolonialwaren Bergstraße 24 47158		Josef Mateyka Fleischerei u. Wurstfabrik Gute Ware, niedrige Preise nur Rosenthaler Straße 4 Besucht die Odertouristik, Weinstraße 53/55 Beste Tonfilmprogramme 47923 Niedrigste Eintrittspreise Erwerbslose Preisermäßigung		Gesellschaftshaus Gräbschen Iröher Hopf & Görke 48245 Saal für Vereine zu Festlichkeiten Schattiger Garten — Sonntag Tanz Inh. Fritz Schwinitzky, Gräbschener Str. 101-108	
Merkur-Drogerie Leuthensstraße 12-14 empfiehlt Drogen, Farben Lacke, Pflaster 47639		Joh. Hammerling Kolonialwaren Delikatessen Grünstraße Nr. 15 47832		Feine Fleisch- und Wurstwaren bei Heinrich Berndt Weißburger Str. 33 47925		Maruska's Gesellschaftshaus Kleiner Luna-Park, Morgenau Saal u. Garten-Etablissement empfiehlt sich für alle Vereins-, Familien-Festlichkeiten 48237	
Emanuel Ksoll Molkerei Breslau 6, Alsenstraße 21 47163				Feine Fleisch- und Wurstwaren bei J. Hauer Paulstraße 14 48254		Trinkt Traube-Weine 46815	
Kolonialwaren, Drehtelle, bei Käthe Jöllner Alsenstraße 38 Pöpelwitzstraße 25 47805				Lebensmittelhaus Luise Hertrampf Schießwerderstraße Nr. 41 48248		Paul Rudolph , Brüderstraße 45 EDEKA-Laden 47796 Kolonialwaren, Weine, Spirituosen Niedrigste Preise für Fahrräder, sämtliche Ersatzteile, sowie Zubehör und Reparaturen im Fahrradhaus „Ost“ Inh. A. Dilschewski Klosterstraße 17 48240	
Paul Pusck Perfekte und Molkereiprodukte sämtl. Kolonialwaren Friedrich-Wilhelm-Str. 106 47671		Max Kümmler Fleischerei — Wurstfabrik Friedrich-Wilhelmstr. 107 47254		Fahrräder u. Reparaturwerkstatt 47165 Karl Kapelle , Steinauer Str. 31 Reserviert		Erneuere Dein Heim durch Lacke — Farben nur vom Fachmann Erich Hoffmann, Bohrauer Straße 89 47926	
Kolonialwaren Lebensmittel Weisbacher & Krumpel Langegasse 56 48171		Franke / Lederausschnitte Friedr.-Wilh.-Str. 31 • Frankfurter Str. 122 47457		Nord-Ost Kaufhaus Loewe Fürstenstraße 2, Ecke Brigittental fabriziert selbst billig und gut 48252		Goldberg Fleisch- u. Wurstwaren O. Rohde Untere Radestraße 2 48179	
Willy Walter Bärentstraße 12 48175		Alfred Mainka Friedr.-Wilhelm-Str. 34 Ecke Dessauer Straße 48174 Molkereiprodukte		Zentrum A. Marek Möbel- und Polsterwarenhäuser Klosterstraße 30-32 48253		Reparatur R. Hänsch — Reparaturen — 48081	
Möbel und Polsterwaren zu niedrigsten Preisen Meia Meister , Andersenstr. 4 Kolonialwaren, preiswert und gut bei Josef Walter, Mar annenstr. 21		Fisch-Spezialgeschäft Meta John Frankfurter Straße 157 Tel. 21 492 Einfach-Bier von Wiesner 47804		Alle Lebensmittel bei E. Ulrich Nachf., Oderstr. 44 47501		Schnellbestellanstalt A. Karpow 47504 Wlajzerstraße 3 Filiale: Wlajzdarf	
Nähmaschinen Dürkopff, Adler, Anker, Victoria für Haus und Gewerbe 49653 Fahrräder — Sprech-Apparate — Radio sämtliche Fabrikate gegen erleichterte Zahlungs-Bedingungen Georg Greulich, Hummerel Nr. 52		Erich Vogels Brauerei „Zum großen Meerschiff“ 1 Minute vom Königsplatz — Tel. 50638 46573 Ausschank nur selbstgebrauter Biere Anerkannt gute Küche — Mittagstisch von 12 bis 3 Uhr		Kaufhaus Riesenfeld Ring 9 47502		Obst, Gemüse, Bindereif Topfpflanzen, Rosen Obstbäume, Sämereien bei J. Lorenz 48083 Ring 2-3	
Beerdigungs-Institut Gebr. Heinrich, Bestattungs-Versicherung Breslau 1, Klosterstraße 26 Zweiggeschäfte: Kupferschmiedestr. 21, Webskystr. 4 48120		Edeka-Roggenbrot gibt Kraft und Gesundheit 48076 Nur erhältlich in den Edeka-Geschäften!		Kaufhaus Riesenfeld Ring 9 47502		Richard Gebhardt , Oberstraße 48 Sirehlen	
Kinderwagen — Bettstellen Korbwaren JONAS , Reuschestraße 40 48166		Gut und billig decken Sie Ihren Bedarf an Strumpfwaren in der Chemnitzer Strumpfwarenfabrikation Niederlage: Gräbschener Str. 33		Alle Lebensmittel bei E. Ulrich Nachf., Oderstr. 44 47501		Richard Gebhardt , Oberstraße 48 Sirehlen	
Schuh-Hilfe Neumarkt 16 empfiehlt sich bestens 48235		Fritz Gtofke TUCHLAGER · RING 19 48243		Kurz-, Weiß- und Wollwaren 47503 Elise Melde, August-Feigestraße 4		Richard Gebhardt , Oberstraße 48 Sirehlen	
Uhren · Ringe · Gold / Silber / Fahrräder Ankauf · Beilehnung · Verkauf Leihhaus Ladmann Poststraße 1 48239		Für die Augen Heidrich Optikermeister Stadtmeyer gegenüber 48247		Goldberg Fleisch- u. Wurstwaren O. Rohde Untere Radestraße 2 48179		Richard Gebhardt , Oberstraße 48 Sirehlen	
Schuhmacherstr. Franz Jung Kupferschmiedestraße 43 48242		Gastwirtschaft „Zur Erholungsstätte“ Inh.: Hermann Wittke — Telefon 43127 Zimpfer Straße 37 6 Minuten von der Straßenbahnlinie 1 Angenehmer Aufenthalt — Für Familien besonders geeignet Gute Verpflegung — Ausschank von HAASE-BIER 48257		Waldschlößchen Friedrich-Ebert-Straße 17-19 Angenehmes Familienlokal Schöner Saal — herrlicher Garten 48188		Richard Gebhardt , Oberstraße 48 Sirehlen	
Genossen, Genossinnen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!		Neuzeitliche Gasapparate Bequeme Teilzahlg. 47510		Städtische Gaswerke		Schuhhaus Schape Ring 16 47513	
Genossen, Genossinnen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!		Un- und Verkauf von Bekleidung, Möbel und Schuhwaren Hermann Reinerl, Ritterstraße 1 47511		Kaufhaus S. Ritter 47512		Am Jahreschluss 60% Rückgewähr	

Führender englischer Sozialdemokrat schreibt:

„Vom fernen Osten droht der Weltkrieg“

Im „Daily Herald“, dem Londoner Organ der Labour-Party, Sektion der Sozialistischen Internationale, schreibt der ehemalige Abgeordnete Kenworthy einen Artikel „Ueber das ‚Gespenst‘ des Krieges im Fernen Osten“, der besonderes Interesse deswegen fordert, weil Kenworthy als Marineoffizier während des russisch-japanischen Krieges im Fernen Osten diente. In dem Artikel heißt es:

„Man befürchtet, daß Japan insgeheim von den Feinden der Sowjetunion unterstützt wird und daß diese Unterstützung ihm Grund gibt, im Falle eines Krieges mit dem Bestand einiger Westmächte zu rechnen. . . Japans Pläne sind gut bekannt und wurden im Laufe vieler Jahre vom Generalstab ausgearbeitet. Zunächst wird Japan die Ostchinabahn in ihrer ganzen Ausdehnung an sich reißen, der nächste Schritt wird sein, durch einen Vorstoß gegen Nikolajewsk auf Wladiwostok abzuschneiden und somit einen Angriff auf diese Stadt vorzubereiten. Weiter folgt dann die Besetzung der Küstengebiete und der Aufmarsch der japanischen Truppen längs des Amurflusses.“

Objekte der japanischen Expansion sind die Nordmandschurei, das Mineralien- und fischreiche Küstengebiet sowie der im Besitz der Sowjetunion befindliche Teil von Sachalin, dessen Boden reich an Kohlvorkommen ist. Trotz der zahlenmäßigen Überlegenheit der Sowjetunion an Viehmateriale rechnet der japanische Generalstab mit dem schlechten Zustand der Verbindungswege in der Sowjetunion; auch rechnet er mit der Hilfe der vielen russischen Weißgardisten in der Mandchurie, wie im übrigen China. Wenn die Japaner in der Mandchurie und im Küstengebiet zurückgeschlagen werden, was aller Wahrscheinlichkeit nach eintreffen wird, so werden sie versuchen, ihre Flotte auszunützen, um den Krieg in die europäischen Gewässer zu verlegen. Es werden sich Komplikationen mit neutralen Staaten ergeben und England wird in dieser Lage als die größte Seemacht auftreten.

Nur ein Wunder könnte den Krieg auf den Rahmen eines beschränkten Zusammenstoßes zwischen Japan und der UdSSR begrenzen.

Abgesehen von Komplikationen zur See würde ein japanisch-sowjetischer Krieg erste Folgen in Asien nach sich ziehen. Die Propaganda würde zur stärksten Waffe in den Händen der Sowjetregierung werden und die Sowjetregierung würde den Versuch machen, ganz Asien in einen heiligen Krieg gegen den Imperialismus hineinzuführen. England könnte sich glücklich schätzen, wenn drei Monate nach dem ersten japanisch-sowjetischen Zusammenstoß Nordindien noch nicht in Flammen stehen wird.

Wenn weiter die schwer unterdrückten und verelendeten japanischen Massen nicht in den Aufstand treten, schreibt Kenworthy, so wäre das ein zweites Wunder.

Man kann schließlich der Sowjetunion keinen Vorwurf daraus machen, daß sie alle Mittel benutzt, die zu ihrer Verfügung stehen. Die Ansprüche der japanischen Militaristen kennen im gegenwärtigen Moment keine Grenzen. Vom strategischen Standpunkt ist es klar, daß in den japanisch-sowjetischen Krieg aller Wahrscheinlichkeit nach ein Land nach dem anderen hineingezogen würde und daß schließlich eine Katastrophe eintreten würde, die dem Weltkrieg an Ausmaß gleich läme oder ihn noch übertreffen würde.

Noch ist es Zeit, schreibt Kenworthy, die Katastrophe abzuwenden, solange noch die ersten Schüsse nicht gefallen sind.“

Kenworthy erschöpft sich mit der Schilderung der Lage im Fernen Osten. Mindestens so interessant wäre es, über die Haltung der englischen Macdonaldregierung zu schreiben. Der englische Imperialismus unterstützt nämlich offen die japanischen Kriegsverbrecher. Aber Kenworthy kann selbstverständlich nichts gegen die eigene Regierung sagen, in der der ehrenwerte Macdonald, Mitglied der II. Internationale, Kriegspolitik betreibt.

Frankreich und die Tschechoslowakei finanzierten den Mord an Doumer

Nachdem es den französischen Untersuchungsbehörden nicht gelang, den Attentäter Gorgulow zum „bolschewistischen Agenten“ zu stempeln, haben sie alles Interesse daran, die Hintergründe des Attentats nicht aufzudecken. Die amtlichen Berichte über die Vernehmung Gorgulows bemühen sich, den Attentäter als seiner Sinne nicht mächtig hinzustellen, als einen Wahnsinnigen, der bei seiner Tat keinerlei Helfershelfer oder auch nur Mitwisser gehabt hat.

Die Tatsachen reden eine andere Sprache. Die Verbindung Gorgulows mit dem Pariser Polizeipräsidium, mit höchsten französischen Regierungsstellen, mit dem Berliner französischen Botschafter und mit dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten haben wir schon aufgezeigt.

Gorgulow machte hierin keine Ausnahme. Die Verbindung der französischen Regierung mit den Führern aller weißgardistischen Organisationen ist äußerst eng.

10 000 Weißgardisten militärisch ausgebildet

Die Londoner Zeitung „New Leader“ erinnert daran, daß in der in Paris bestehenden, von Frankreich finanzierten weißgardistischen Kriegsakademie bereits 10 000 Personen eine militärische Ausbildung erhalten haben, wie General Miller selbst erklärt hat. Von dort gehen laufend Truppentransporte nach dem Fernen Osten ab.

Weißgardistische Munitionsfabriken

Das Blatt berichtet, daß weißgardistische Emigranten im

Jahre 1930 die Kriegsindustriefirma „Butilow-Beder“ gegründet haben, deren Statuten vom französischen Kriegsministerium bestätigt worden sind. In diesen Statuten heißt es, die Gesellschaft habe das Ziel, „verschiedene Arten von Rüstungen und Kriegsmaterial herzustellen, zu erwerben und zu verkaufen“.

Milliardenbeträge für die Kriegsverschwörer

Die tschechoslowakische Regierung hat im laufenden Jahr wiederum 7 Millionen Kronen für die Unterstützung der weißgardistischen Banditen bewilligt. Zweifellos wird dieser Betrag noch durch weitere Millionen ergänzt werden, wie das auch in früheren Jahren geschah. In 10 Jahren hat die tschechoslowakische Regierung für die weißgardistischen Emigranten insgesamt drei Milliarden Kronen verausgabt. In der Tschechoslowakei werden bei der enormen Erwerbslosigkeit tausende Weißgardisten im Staatsapparat, im Heer und in den Kriegsindustriebetrieben beschäftigt und stehen mit den Regierungskreisen in enger Verbindung.

Den Mordrevolver bezahlte die Tschechoslowakei

Gorgulow hat auf tschechische Staatskosten studiert. Seinen Revolver, mit dem er Doumer niederschloß, bekam er in der Tschechoslowakei. Die bürgerliche Korrespondenz „Ceske Slovo“ schrieb am Tage nach dem Mord: „Die Pistole wurde mit dem Geld ‚Benefisch‘, mit dem Geld der tschechoslowakischen Regierung gekauft.“

Kriegsvorbereitungen an der Westgrenze der Sowjetunion

Französischer Generalstab an der Arbeit — Militarisierung der rumänischen Eisenbahn — Französisch-polnische Militärverhandlungen

Bukarest, 18. Mai. Der Hauptinspektor der französischen Armee befindet sich gegenwärtig in Rumänien und beschäftigt verschiedene militärische Einrichtungen der rumänischen Armee, insbesondere die Verwaltung des 2. Armeekorps. Der Inspektor wird alle wichtigen Militärorganisationen inspizieren. Man meldet auch die Ankunft des französischen Kriegsschiffes „Jeanne D'Arc“ am 20. Mai im rumänischen Hafen Konstanza.

Bukarest, 18. Mai. Nach der vollkommenen Militarisierung der Eisenbahnen in Polen hat nunmehr auch die rumänische Eisenbahnhauptverwaltung mit dem General Jonescu an der Spitze Vorbereitungen für die Einführung neuer Eisenbahnstatuten getroffen, die eine vollständige Militarisierung des ganzen Eisenbahnnetzes bedeuten. Unter den Eisenbahnern herrscht darüber größte Erregung. Die revolutionären Eisenbahner haben ein Kampfflaggen herausgegeben, in dem sie zum Kampf gegen die neuen Unterdrückungsmaßnahmen und die Kriegsvorbereitungen aufrufen. Die Zeitung wurde beschlagnahmt, die Mitarbeiter verhaftet.

Die vollständige Militarisierung der Eisenbahnen erfolgte auf

So ist Kenworths Artikel ein typisches Beispiel dafür, wie die Sozialdemokratie die Arbeiter vom konkreten Kampf gegen die Kriegsgefahr, der in erster Linie gegen die eigene Bourgeoisie gerichtet sein muß, abhält.

Der Artikel deckt auf, wie groß das Verbrechen der Zweiten Internationale ist, deren führende Mitglieder die gefährdende Weltlage klar sehen und trotzdem bewußt im Dienste ihres Imperialismus die werktätigen Massen in die Katastrophe hineintreiben wollen.

Grund der Besprechungen mit Bissudski und im Einverständnis mit dem französischen Generalstab.

Kiga, 17. Mai. Der Pariser Korrespondent der „Daunales Zinas“ bekämpft, daß in Paris geheime polnisch-französische Verhandlungen über die Verlängerung des in diesem Jahre ablaufenden Kriegsbündnisvertrages stattfinden.

Transportarbeiter-Generallstreik und blutige Kämpfe in Spanien

Madrid, 19. Mai. Der Generallstreik der Transportarbeiter als Protest gegen die Erhöhung der Benzinsteuer, der gestern in ganz Spanien ausgebrochen ist, wird allgemein durchgeführt.

3000 Werftarbeiter in El Ferrol sind in passive Resistenz getreten. Als der Rat der Stadt von dem Konflikt Kenntnis erhielt, hat er sein Amt niedergelegt.

In Penaschoh Zivilgarde einen Demonstranten nieder. In Plasenzuela griffen etwa 80 Landwirte Zivilgarde zu Pferde an. Die Streikbrecher gegen Streikende schlugen. Auch hier schloß die Polizei in die Menge hinein, tötete einen Arbeiter und verletzte einen anderen. Die Dorfbewohner ergriffen Partei für die Arbeiter und jagten die Zivilgarde in die Flucht. — In Andalusien wurden an zwei Orten 400 bzw. 470 Bomben gefunden. Aus Madrid hat die Polizei Verstärkungen herangezogen. Die Führer der Arbeiterbewegung in Sevilla sind verhaftet und die Verbandshäuser geschlossen worden.

Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion hat das russisch-türkische Kreditabkommen über 8 Millionen Dollar bestätigt.

Nach Brinnings Vorbild wurden auf Malta durch eine Verordnung der Regierung sämtliche politischen Versammlungen für unzulässig erklärt.

Die Steinkohlenförderung in der Tschechoslowakei ist allein im letzten Jahr um rund 70 Prozent gesunken. Gegenüber 1929 betrug der Rückgang sogar nahezu 80 Prozent. Während im März 1931 noch 5,5 Millionen Tonnen gefördert wurden, waren es im März 1932 noch nicht 1,3 Millionen Tonnen.

Frauen führen Krieg

von Emma P. Donabender

32. Fortsetzung

Copyright by „Rote Fahne“, Berlin, 1932.

Frau Schneider überstand die Fehlgeburt nicht. In der fünften Nacht starb sie. Der Arzt hatte versprochen, sie am andern Morgen nach dem Krankenhaus bringen zu lassen. Es war zu spät. Die kleine Hildegard stand vor der Bahre der Mutter und sagte etwas ängstlich zu Luise: „Mami ist so ruhig, sie sagt gar nichts. Hat Mami nun keinen Hunger mehr?“

Luise sah wieder im Zug. Sie hatte eine Order als Kontantin für das Büro des Armeefestungsparks III in Autretourt in der Tasche. Lange hatte sie überlegt, ob sie wieder fahren sollte. Sie konnte sich nicht recht schlüssig werden. Sie hatte sich die Nüße wund gelassen, um eine vernünftige Arbeit zu finden. In den patriotischen Frühlingsmännern für den Provit dieser Herren schufteten? Nein! Dienstmädchen spielen, bei dem reichen Gefolgs? Brrr. In die Munitionsfabrik, Granaten drehen, neues Kriegsmaterial, Mordwerkzeuge zu erschaffen, Nachtarbeit? Nein! Eine Aufgabe hätte sie da zu erfüllen gehabt, eine wichtige, von großer Bedeutung. Sie erinnerte sich an die Worte des Frontsoldaten: Massenstreiks organisieren gegen die Kriegsproduktion! Ja — aber sie glaubte: Draußen ist der wichtigere Frontabschnitt, an dem sie kämpfen konnte — und da war noch Etwas. Sie hoffte Paul wiederzusehen. —

Sie fuhr. Die alte Strecke über Koblenz, Trier, Saarbrücken, Sedan. Hinter Sedan, das ihr bekannte Bild der zerhöhenen Orte. Zerföhrte, von späteren Kämpfen und Granaten wieder aufgerissene Friedhöfe und Massengräber.

Autretourt unterschied sich wenig von Brixy. Der Ort war etwas größer, hatte eine Kirche und ein Offizierskajino. Im Armeefestungspark III waren etwa dreißig Maschinen stationiert. Ein alter gemütlicher Zahlmeister im Range eines Feldwebels

nants, dickbäutig und mit einem Bart ala Tirpitz begrüßte Luise freundlich, machte sie mit den übrigen Schreibern und Helfertinnen des Büros bekannt und schickte sie dann in ihr Quartier:

„Ruh'n Sie sich erst mal aus von der Reise“, sagte er jovial, „und dann kommen Sie morgen früh frisch und munter angefangen!“

Sie wohnte in einem Helfertinnenheim am Rande der Stadt. Früher hatte dieses Haus wahrscheinlich als Hotel gedient. In den verhältnismäßig sauberen Zimmern standen merkwürdige, kleine grünangestrichene Holzmöbel, die Betten waren sehr primitiv, gerade das Gegenteil von den stabilen, wuchtigen, französischen Bauernbetten. Sie sahen aus, als wenn sie aus Eiern und Apfelsinenstücken zusammengenoßelt worden wären. Das Essen, einfach, leicht, schmackhaftes Soldatessen, wurde gemeinsam in einem unteren Saale eingenommen. Eine alte Dame, aufs Haar genau derselbe Typ wie die Vorsteherin des Soldatenheims in Brixy, hatte die Leitung und Aufsicht.

An der Speisetafel des Helfertinnenheims zu sitzen, war eine Tortur. Luise fühlte sich umhagelt in der bunt zusammengewürfelten Gesellschaft. Da saß neben ihr die Kitze, eine kurzschichtige Blondine, ein ehemals vielleicht recht hausbackenes Beamtentöchterchen, die die fixe Idee hatte, als Bürokrant auf einen falschen Posten geraten zu sein und sich nur als Krankenschwester zu eignen. Gleich am ersten Abend teilte sie Luise ihren Kummer mit. Neben ihr saß dann Fräulein Klara, eine etwas ältliche verärgerte Jungfer und dann Fräulein Habela, an der nichts weiter Bemerkenswertes war, als daß sie dauernd Puder und Lippenstift bei der Hand hatte und ihre Freizeit mit Nägelpolieren vertrieb. So war in dieser Tafelrunde das Fräulein Anna, Elisabeth, Gertrud, Martha, Gitta, Elsa und wie sie alle hießen, eine wie die andere, Tochter eines Beamten, Tochter eines Offiziers oder Fabrikbesitzer, unpersönlich, unweiblich, fischweiblich. Sie waren alle auffallend hübsch gekleidet und wenn der Krieg nicht doch hier und da seine Spuren hinterlassen hätte, so wäre ein Vergleich der Mädchen mit den Bildern aus letzten Modejournalen möglich gewesen.

Am Ende der Tafel thronte in einem schwarzen Seidenkleid die Frau Major. Halb gültig, halb streng, deutsche Zucht und Würde verförpernd. „So stelle ich mir die Vorsteherin eines Mädchenpensionats vor“, — dachte Luise. Unter ihren Blick wurden Gespräche nur halblaut und flüsternd geführt. Man verständigte sich über besondere Dinge durch Winkenspiel, Augenwinkeln und Anstoßen unter dem Tisch.

Nach dem ersten Abendessen sagte die Vorsteherin zu Luise: „Bitte kommen Sie nachher zu mir, ich habe mit Ihnen zu sprechen!“

„Vorlesung über die Hausordnung“, bemerkte Kitty flüsternd hier, in der Stuppe dem Vaterland zu dienen“, sagte sie geschroben und theatralisch.

„Ich bin bereits längere Zeit in vaterländischem Hilfsdienst bemerkte Luise trocken. Die Unterbrechung der Rede wurde, wie Luise feststellte, mit einem ungeduldrigen Blick quittiert.

„Wir erwarten von Ihnen.“ — (was heißt „wir“, dachte Luise) „daß Sie Ihren täglichen Pflichten eifrig, gewissenhaft und pünktlich nachkommen und vor allen Dingen“ — dabei hob sie ihre Stimme — „einen einwandfreien moralischen Lebenswandel führen, wie sich das für ein deutsches Mädchen geziemt.“ Luise nickte nicht.

„Frühmorgens um sieben Uhr gehe ich persönlich durch alle Zimmer zum Wecken. Viertel vor acht wird gefrühstückt und um achteinhalf Uhr beginnt Ihr Dienst. Das Mittagessen wird um ein Uhr eingenommen. Die Mittagspause dauert bis zwei Uhr pünktlich um acht Uhr abends essen wir gemeinsam zu Abend und um zehn Uhr hat jeder zur Stelle zu sein, dann wird das Haus geschlossen, und man geht zu Bett! Ich mache Sie von vornherein pflichtgemäß darauf aufmerksam, daß ich jede Vernachlässigung der Hausordnung, die Sie in näheren Details noch im Tagesraum angesprochen finden, aufs strengste rügen werde. Leider ist es schon einmal vorgekommen, daß einige Ihrer Kolleginnen erst nach zehn Uhr nach Hause gekommen sind. Sie erhielten einen Verweis, der, wenn sich ein solcher Fall wiederholt, zur sofortigen Entlassung führt!“

„Wo, man ist hier loszusagen in einer Kaserne?“ fragte Luise frei heraus. Wenn sie jetzt erwartet hatte, daß die Frau Major diese Bezeichnung empört zurückweisen würde, so hatte sie sich geirrt. Das Gegenteil war der Fall. Die Alte nickte nur und sagte: „Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß seit einiger Zeit lauz Verfügung des Armeekommandos die Helfertinnen in geschlossenen Heimen untergebracht werden.“

„Aber bisher habe ich immer im Privatquartier gewohnt“, warf Luise ein. Worauf die Frau Major entgegnete: „Wahrscheinlich waren Sie in Dienststellen, wo nur einzelne weibliche Kräfte gebraucht wurden.“

Unglaubliche Kriegshebe gegen die Sowjetunion

Stettin, Am Dienstag, dem 17. Mai, fand in der „Neuen Welt“ eine Besprechung der Roten Gewerkschaften und ihrer befreundeten Organisationen statt, in welcher ein eingehender Bericht über die „Kriegshebe“...

Was sich dieser Heberent in Auslandshebe leistete, war geradezu ungläublich. Er lag, daß sich die Balken bogen, so daß man regelrecht Angst bekam, daß das Gebäude einstürzen könnte.

1. Die Volkswirtschaft hätten in den Dörfern alle Menschen abgeschossen.
2. Die Volkswirtschaft hätten die Naturkatastrophe (Dürre) 1920 verschuldet.
3. Die Volkswirtschaft hätten die verwaisten Kinder eingekerkert und abgeschossen.
4. In Ausland gäbe es 11 Millionen Sklaven.
5. Der Fünfjahresplan wäre Unsinn.
6. Die Tatsache, daß die russischen Arbeiter für ihre Arbeit überhaupt bezahlt bekämen, wäre gegen die Grundzüge des Kommunismus.

Unsere Antwort auf die Hebe

In den anschließenden Punkten ist folgendes zu sagen:

1. Wenn die Volkswirtschaft alle Menschen abgeschossen haben, wo kommen dann die 160 Millionen Menschen in der Sowjetunion her?
2. Daß die Volkswirtschaft an der Dürre 1920 schuld wären, ist so lächerlich, daß man dazu wirklich nichts mehr zu sagen braucht.
3. Keine Regierung auf der Erde ist so um die heranwachsende Generation besorgt wie die Sowjetregierung. Kein Land in der Welt hat eine so gut ausgebildete Sozialgesetzgebung, einen so gut organisierten Mutter- und Kinderschutz wie die Sowjetunion.
4. Das beweist die Tatsache, daß die Bevölkerung in der Sowjetunion um 3 bis 4 Millionen jährlich zunimmt. Und wer den Sowjetfilm „Der Weg ins Leben“ gesehen hat, der weiß, wie das sogenannte Kinderland in der Sowjetunion liquidiert wurde.
5. Es ist doch wirklich komisch, daß die 11 Millionen „Sklaven“, die doch bewaffnet sind, die Sowjetregierung nicht schützen, sondern bereit sind, ihr Sowjetland bis zum letzten Nahrungskorn zu verteidigen. Der Heberent selbst mußte zugeben, daß diese „Sklaven“ nicht daran denken, gegen die Sowjets vorzugehen, sondern begeistert am sozialistischen Aufbau mitarbeiten.
6. Der Fünfjahresplan in seiner ursprünglichen Fassung ist bereits überholt. Die Fabriken arbeiten in einem noch nie dagewesenen Tempo, und die „nicht lebensfähige“ Sowjetunion, die schon tausende Male „am Ende“ war, steht jetzt besser denn je. Das beweist gerade am besten das Geschrei über die russische Konkurrenz und die Kriegshebe gegen die Sowjetunion.
7. Die Löhne in der Sowjetunion werden von Jahr zu Jahr erniedrigt, während in Deutschland die Löhne allein im Jahre 1931 um 50 bis 40 Prozent abgebaut wurden.

Und dieser Lohnabbau wird weitergehen, wenn die deutschen Arbeiter nicht gegen jeden Pfennig Lohnabbau streiken. In der Sowjetunion ist allein der Nominallohn seit 1927 um durchschnittlich 72 Prozent gestiegen. Dazu kommen noch die erhöhten Leistungen aus der Sozialversicherung, wie die Einrichtung neuer Erholungsheime, Sanatorien, bezahlter Urlaub von vier Wochen, Sieben- bis Sechshunderttag usw.

KPD-Berliner mit Gewalt am Reden verhindert

Die KPD-Berliner sind durch die Verhinderung der Diskussionen... Als ein Genosse sich zur Diskussion meldete und schon die Rednertribüne betreten hatte, wurde er auf Anweisung und Geheiß eines bewaffneten durch die Polizei gewaltsam von der Bühne gejagt und somit eine Diskussion unmöglich gemacht.

Ein vorbildlicher Beschluß!

Altona, 17. Mai. (Fig. Ber.) Eine Versammlung der Transportarbeiter, Sektion Möbelträger, im Gewerkschaftshaus nahm zu den Ermittlungen Stellung. Nach einer eingehenden Aussprache wurde einstimmig beschlossen, künftig jede Arbeit bei einer Zwangs-ermittlung unter polizeilichem Schutz abzulehnen.

Zur Frage des Staatskapitalismus

Die „Kommunistische Internationale“ (Heft 7) bringt über dieses Thema einen ausführlichen Artikel des Genossen Fogarasi. Der Begriff des „Staatskapitalismus“ wird zunächst vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus klar herausgearbeitet. Zweitens wird der Zusammenhang der neuen sozialdemokratischen „Theorie“ des Staatskapitalismus mit den früheren reformistischen opportunistischen Grundthesen aufgezeigt. Drittens untersucht Genosse Fogarasi die gegenwärtigen Veränderungen in dem Verhältnis zwischen kapitalistischem Staat und Wirtschaft. Das neue staatskapitalistische Manöver der Sozialdemokraten soll in dieser Situation, wo das Proletariat vor die Frage: Kapitalistischer oder revolutionärer Ausweg aus der Krise, gestellt wird, das Proletariat über diese unerträgliche Entscheidung hinwegtäuschen, vom revolutionären Wege abhalten. Jeder Parteiarbeiter muß dieser Frage die größte Aufmerksamkeit widmen und in seiner Zelle dafür sorgen, daß der Artikel der „Kommunistischen Internationale“ von allen Genossen gründlich studiert wird.

Altona muß ein Signal für alle Transportarbeiter, ja für die ganze Arbeiterklasse Deutschlands sein. Prachtvoll zeigt dieser Beschluß die enge Solidarität zwischen Betriebsarbeitern und Gewerkschaften. Natürlich genügt es nicht, nur bei Zwangs-ermittlungen unter Polizeischutz die Arbeit abzulehnen, es gilt bei jeder Ermittlung von Minderbemittelten die Arbeit zu verweigern.

Mit ihrem Beschluß unterstützen die Altonaer Möbeltransporteure praktisch die Forderungen der kommunistischen Reichs- und Landtagsfraktion, die in ihren Anträgen verlangten:

Verbot jeder Ermittlung von Minderbemittelten.

In denselben Art, wie die Altonaer Möbeltransporteure, müssen alle Arbeiter und Gewerkschaften praktisch zu den Forderungen der kommunistischen Reichstags- und Landtagsfraktion Stellung nehmen und im außerparlamentarischen Kampf die Einheitsfront zur Durchsetzung der von der KPD. erhobenen proletarischen Lebensforderungen schmieden.

Massenentlassungen auch in Ostoberschlesien

Wattowitz, Am 13. Mai fanden beim Demobilisierungskommissar die Verhandlungen wegen der Entlassung von 750 Arbeitern der Bleischarfen-Grube statt. Die Direktion der Größlich-Donnersmardischen Gruben hatte den Antrag gestellt, 1000 Arbeiter der Deutschlandgrube, des Blücher- und des Donnersmardschachtes, sowie 50 auf diesen Werken beschäftigte Beamte zu entlassen.

KPD.-Demonstration polizeilich aufgelöst

Stettin, Für Mittwoch, den 18. Mai, hatte die kommunistische Partei auf dem Germaniaplatz zu einer Kundgebung: „Was wird in Preußen“ ausgerufen. Auf derselben sollte der Spitzenkandidat der kommunistischen Landtagsliste von Ostoberschlesien, Genosse Wojtkowski, sprechen.

Die schlesischen Landtagsabgeordneten der KPD.



Aug. Sandtner, Bezirksleiter der KPD., Schlesien

Er wurde am 8. August 1893 als Sohn eines Steinarbeiters in München geboren. Besuchte sieben Jahre die Volksschule. Es waren acht Kinder und der Lohn des Vaters reichte nicht aus, um diese große Familie zu ernähren. Schon mit neun Jahren mußten alle Kinder mithelfen, den Lebensunterhalt zu verdienen. Von morgens um 1 1/2 bis 1 3/8 Uhr ging es treppauf, treppab, um den besser gestellten Leuten die Milch ins Haus zu bringen. Kaum aus der Schule heraus, ging er in die Lehre. Als Bäckerlehrling mußte er zehn bis zwölf Stunden täglich arbeiten, ohne „Sonn- und Feiertage“ zu kennen. Früh lernte er erkennen, daß es zwei Klassen gibt. In dieser Erkenntnis trat er bereits im zweiten Lehrjahre, 1908, dem Bäcker- und Konditorenverband bei. Ausgelernt ging er auf Walze. Von München nach Hamburg, da keine Gelegenheit vorhanden war auf Schiff zu kommen, wieder zurück nach Westfalen. 1910 wieder nach Bremerhaven. Zwei Jahre Seefahrt nach allen Weltteilen reichten aus, um ihn von der Seefahrt zu heilen. Wieder Arbeit an Land.

Die Bäcker streikten gegen die unerhörte Ausbeutung, dabei erkrankte er seine erste Verbandsfunktion. 1913 rief ihn das „Vaterland“ zur kaiserlichen Marine, wo er während des ganzen Krieges blieb. Gleich bei Kriegsausbruch bildete sich eine Gruppe entschiedener Kriegszegner, die im Verlauf des Krieges zu revolutionären Vertrauensleuten in der Marine wurden. An der Meuterei 1917 hatte er sich aktiv beteiligt. Im Sommer 1918 wurde er mit noch zehn Genossen an Bord kommandiert wegen Organisation der Dienstverweigerung. Dem Befehl nach Flandern zu gehen, leisteten die Genossen Widerstand und kamen ins Internierungslager. Im November 1918 wurde er Mitglied des Matrosenrates und kam als solcher mit mehreren Matrosen nach München, wo sie die Volksmatrosendivision bildeten. Als Vertreter dieser Division gehörte er dem revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat in Bayern an. Seit März 1918 war er aktives Mitglied des Spartakusbundes; in den Kämpfen der bayerischen Räterepublik bei der Roten Armee, und hatte die Funktion eines politischen Kommissars. Mit dem Sieg der Konterrevolution mußte er vier Monate ins Gefängnis.

Gleich nach seiner Entlassung ging er wieder an den Aufbau der KPD. Im Jahre 1920 war Genosse Sandtner politischer Leiter im Bezirk Süd-Bayern. 1921 beim mitteldeutschen Aufstand wurde er wegen Beihilfe zum Hochverrat und Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz verhaftet und zu 3 1/2 Jahren Festung verurteilt, die er im berückichtigten Nieder-Schönfeld, dem bayerischen Sibirien, abgesessen hat. 1926 wurde er wieder unter dem Verdacht der Vorbereitung zum Hochverrat wegen Zerstückung der Reichswehr und der Schutzpolizei verhaftet, und nach 4 1/2 Monaten, durch Amnestieverfahren niedergeschlagen, entlassen. Von 1926 bis 1932 war er Mitglied der Berliner Bezirksleitung und als solcher politischer Leiter im UB. Nord und Nord-West. Im Jahre 1931 wurde Genosse Sandtner wieder wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz verhaftet, aber nach drei Wochen Untersuchungshaft wieder entlassen.

Bezirkskonferenz der RGO. Schlesien am 21. und 22. Mai

Alle Delegierten müssen sich spätestens Sonnabend, den 21. Mai, 18 Uhr, auf dem Büro der RGO, in Breslau, Preußstraße 6/7, melden. Jeder Delegierte muß einen Ausweis von seinem Ortskomitee oder von seiner Betriebsgruppe in den Händen haben. Die Breslauer Delegierten müssen einen Delegiertenbeitrag von 3 Mark pro Delegierten entrichten. Für die Delegierten aus dem Bezirk des Unterbezirks Breslau beträgt der Beitrag 1,50 Mark pro Delegierten. Die auswärtigen Delegierten der anderen Unterbezirke brauchen keinen Delegiertenbeitrag entrichten. Gäste zahlen einen Teilnehmerbeitrag von 20 Pfennig.

Am Sonnabend, dem 21. Mai, 19 Uhr, beginnen die einzelnen Tagungen der Industriegruppen. Die Tagungstafale werden den Delegierten im Bezirksbüro der RGO. bekanntgegeben.

Am Sonntagvormittag 9 Uhr beginnt die Gesamttagung der Bezirkskonferenz in den Zentralballsälen, Westendstraße.

Tagesordnung:

1. Wie stellen wir die Einheitsfront zum Kampf gegen Lohnraub und Unterfütterungsraub her? Referent: Vertreter des Reichskomitees.
2. Organisationsbericht und die Erfahrungen der Betriebsarbeit. Referent: Vertreter des Bezirkskomitees.
3. Diskussion.
4. Wahlen.
5. Schlußwort des Vertreters des Reichskomitees.

Alle Delegierten und Gäste werden aufgefordert, pünktlich an der Konferenz teilzunehmen.

Bezirkskomitee der RGO. Schlesien.

Die Kundgebung wurde polizeilich verboten. Gegen 18 Uhr, sammelten sich mehr als 500 Arbeiter am Germaniaplatz an. Ein Demonstrationzug von der Kofelerstraße kommend, sowie die sich angesammelten Demonstranten wurden durch ein starkes Kommando der Schutzpolizei zu Fuß und zu Pferde zerstreut.



Frieda Franz, Frauenleiterin im Bezirk Schlesien der KPD.

Die Genossin Frieda Franz ist als Tochter des Schriftsetzers Hermann Rüdanz am 1. November 1902 in Breslau geboren. Es waren sieben Geschwister und das Einkommen des Vaters war so gering, daß es nur zu einer sehr dürftigen Lebensweise reichte. Sie besuchte die Volksschule, da es den Eltern, obwohl Voraussetzungen vorhanden waren, nicht möglich gewesen ist, ihr eine bessere Schulbildung zuteil werden zu lassen. Bereits mit zwölf Jahren mußte sie den gesamten Haushalt und die Pflege der jüngeren Geschwister übernehmen, da der Vater während des Krieges eingezogen war und die Mutter arbeiten gehen mußte.

Genossin Franz ist von ihren Eltern fern von der Arbeiterbewegung im bürgerlichen Sinne erzogen worden. Während des Kapp-Putsches hat sie das erste Mal eine wirklich tiefe Erschütterung erlebt. Von den Anlock-Truppen wurde in die Demonstration geschossen, welche geschlossen von einer Breslauer Konfektionsfabrik durchgeführt wurde, und in welcher damals Genossin Franz beschäftigt gewesen war. Bei dieser Demonstration wurde ein Genosse erschossen. Seit dieser Zeit hat sich die Erkenntnis in ihr festgesetzt, daß der Staat und seine Machtorgane ein Instrument in den Händen der herrschenden Klasse sind, und daß die Arbeiterklasse alle Ursache hat, sich gegen ihre Ausbeuter zu wehren. Später war sie dann sechs Jahre lang Hausangestellte, bis sie nach ihrer Verheiratung 1927 in die Textilfabrik Meyer Kauffmann, Wüstegiersdorf, eingestellt wurde.

1926 begann Genossin Franz sich in der revolutionären Arbeiterbewegung zu betätigen, und zwar war sie lange Zeit Funktionärin der Roten Hilfe in Wüstegiersdorf. In der Fabrik eingestellt, merkte sie erst, mit welcher ungeheuren Methoden die Ausbeutung der Arbeiterinnen im kapitalistischen Deutschland durchgeführt wird. Nach wenigen Wochen Betriebszugehörigkeit organisierte sie sich gewerkschaftlich im DTAV, und trat der KPD. bei. Bei der Aussperrung der 60 000 Textilarbeiter in Schlesien im Jahre 1928 konnte sie das erste Mal das offene Paktieren der Gewerkschaftsbürokratie mit den Textilbaronen beobachten. Die Arbeiter führten dort bereits die ersten Versammlungen der RGO. durch, und dort, wie in den Versammlungen der Gewerkschaften, hat sie zur arbeitereindlichen Politik der SPD-Bürokraten Stellung genommen. Sie wurde deshalb einige Monate später wegen oppositioneller Tätigkeit aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Trotz wüster Hetze der reformistischen Betriebsräte gegen die Kommunisten im Betrieb und im besonderen gegen die Genossin Franz, war es doch möglich, das Vertrauen der Belegschaft soweit zu erringen, daß bei Aufstellung einer roten Arbeiterliste zwei Genossen, darunter die Genossin Franz, in den Betriebsrat gewählt wurden. Neben ihrer kommunistischen Arbeit im Betrieb hatte sie noch einige Funktionen, darunter auch die einer kommunistischen Gemeindevertreterin in Wüstegiersdorf. Außerdem ist sie Mitglied des Waldenburger Kreistages. Seit August vorigen Jahres ist Genossin Franz Bezirksfrauenleiterin in Schlesien.